# Volksstimme

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17 — Fernsprecher 6802

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verlag und Expedition: Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 27 — Fernsprecher 5407

Nr. 253 | Bezugspreis: Monatlich 1.75 Mk. frei Haus. Bei Abholung 1.60 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 5.25 Mk. ohne Bestellgeld. Einzelnummer 15 Pfennig. | Halle, Montag, den 3. November 1919 | Anzeigenpreis: Die 8gespaltene Millimeter-Zeile 20 Pfennig, im Reklameteil Millimeter-Zeile 60 Pfennig. – Schluß der Anzeigen-Annahme vormittags 10 Uhr. – | 3. Jahrgang.


# Das Hasardspiel.

In der Aussage des Herrn von Bethmann-Hollweg verdient ganz besonderer Beachtung jenes Telegramm Ludendorffs an die Reichsleitung vom 22. Dezember 1916, worin er erklärte, wenn der verschärfte U-Bootkrieg nicht aufgenommen werde, dann sei der Feldzug verloren. Die Argumentation, die Ludendorff in diesem Telegramm gebraucht, hat in den Kämpfen um den unbeschränkten U-Bootkrieg, die im Dezember-Januar 1916/17 geführt wurden, eine größere Rolle gespielt, als bisher bekannt ist. Namentlich in Abgeordnetenkreisen wurde damals sehr stark mit der Behauptung gearbeitet, die Ueberlegenheit der Gegner an artilleristischen Material mache sich von Monat zu Monat stärker geltend, unsere Volksgenossen draußen im Schützengraben seien dem furchtbarsten Feuerregen ausgesetzt, ohne daß man von deutscher Seite genügend starke Abwehrkräfte in Bewegung setzen könne. Der U-Bootkrieg werde der feindlichen Westfront die Munitionszufuhr, wenn nicht abschneiden, so doch zum mindesten stark verringern, und das würde dann für die Lage unserer Armeen eine große Erleichterung bedeuten. So wurde

**die Erklärung des unbeschränkten U-Bootkriegs**

geradezu als eine Pflicht gegenüber den kämpfenden Volksgenossen dargestellt, die Gegnerschaft gegen den unbeschränkten U-Bootkrieg aber geradezu als eine Preisgabe unserer Truppen.

Es ist begreiflich, daß diese Art Propaganda eine starke Wirkung übte, zumal sie im Mantel tiefster Vertraulichkeit einherging. Oeffentlich konnte natürlich die gewaltige Materialüberlegenheit der Gegner nicht zugegeben werden, dies wäre ja „Flaumacherei" gewesen. Nun, war es nicht auch „Flaumacherei", wenn einem immerhin großen und einflußreichen Personenkreis die Ueberzeugung beigebracht wurde, der U-Bootkrieg sei die letzte Karte im Spiel und ohne ihn sei der Krieg hoffnungslos verloren?

Den Propagandisten war es aber ganz gleich, ob sie flau oder frisch machten, wenn sie nur ihren unbeschränkten U-Bootkrieg bekamen. Ernst zu nehmen war ihre Beweisführung unter Bezugnahme auf das Landheer nicht, und sie gingen nicht von ernst zu nehmenden Ueberlegungen aus. Dem U-Bootkrieg ist es nämlich

**in Wirklichkeit nie gelungen,**

die Versorgung der feindlichen Westfront mit Munition und Mannschaftsersatz in irgendwie erheblicher Weise zu stören. Das konnte auch vorausgesehen werden, weil man wußte, daß die Ueberfahrt von England nach Frankreich gegen U-Bootangriffe so gut wie vollständig gesichert war. Aber auch die Versorgung Englands mit Kriegsmaterial von außerhalb ist durch den unbeschränkten U-Bootkrieg nicht ernstlich gestört worden. Das konnte man sehr bald aus Aufzeichnungen erfahren, die auf Grund genauester Untersuchungen im Berliner Kriegsministerium geführt wurden. Aus ihnen ging hervor, daß England während des unbeschränkten U-Bootkriegs seine Zufuhren an wichtigstem Kriegsmaterial, namentlich an Kupfer und an Petroleum, noch bedeutend zu steigern vermocht hatte. Erreicht wurde das durch ein überaus raffiniert berechnetes Rationierungssystem, das die Bedürfnisse des Heeres in erste Reihe stellte und die der Zivilbevölkerung darüber verhältnismäßig benachteiligte. So kam es, daß die feindliche Westfront an nichts Mangel litt, während die englische Zivilbevölkerung allerdings den Gürtel etwas enger schnallen mußte, wenn auch freilich nie so eng wie das deutsche Volk unter den Wirkungen der englischen Blockade.

Als die Nachrichten von dem zunehmenden Mangel in England kamen, sprang man von einer Hoffnungsplanke auf die andere. Der unbeschränkte U-Bootkrieg hatte die feindliche Kriegsführung nicht zu stören vermocht, also

**hoffte man England durch Aushungerung**

auf die Knie zwingen zu können. Auch diese letzte Hoffnung erwies sich als trügerisch.

An Tatsache bleibt soviel übrig, daß die Oberste Heeresleitung schon im Dezember 1916 auf dem Höhepunkt der militärischen Erfolge, die fast völlige Hoffnungslosigkeit unserer militärischen Lage erkannt hatte. War der Krieg ohne unbeschränkten U-Bootkrieg nicht zu gewinnen, so mußte sich jeder, der den unbeschränkten U-Bootkrieg richtig einzuschätzen verstand, sagen,

**daß er überhaupt nicht mehr zu gewinnen war.**

Seit dem Dezember 1916 bis zum Herbst 1918 war der Krieg tatsächlich nichts anderes mehr als ein hoffnungsloses Ringen gegen eine ständig wachsende Uebermacht. Er hätte es nicht zu sein brauchen, wenn die Reichsleitung bessere Voraussicht bewiesen hätte. Denn im Frühjahr 1917 brach Rußland zusammen, und dadurch hätte man vielleicht oder wahrscheinlich noch zu einem Verständigungsfrieden gelangen können, wenn man nicht zu gleicher Zeit durch die Eröffnung des unbeschränkten U-Bootkriegs Amerika zum Krieg gegen uns gezwungen hätte.

Zwei Fragen ergeben sich aus diesem Tatbestand: Erstens, wie konnte die Oberste Heeresleitung bei solcher Kenntnis der Sachlage die Friedensresolution des Reichstags vom 19. Juli und überhaupt alle auf einen Verständigungsfrieden gerichteten Bestrebungen bekämpfen? Zweitens, wie können Ludendorff und Genossen es wagen, heute zu behaupten,

**der Krieg sei erst durch die Revolution**

und nur durch die Revolution verloren gegangen oder, wie Herr von Graefe es so schön sagte, das Heer sei aus dem Hinterhalt erdolcht worden? Am 4. Mai 1917 hatte Ludendorff Bernstein gesagt, in drei Monaten werde England fertig sein. Im Juli 1917 mußte er auf Grund der im Kriegsministerium geführten Tabellen wissen, daß diese Prophezeiung Unsinn gewesen war. Wie konnte er da dem nach einem Verständigungsfrieden strebenden Reichstag in den Rücken fallen? Am 22. Dezember 1916 telegraphierte Ludendorff, ohne unbeschränkten U-Bootkrieg sei der Feldzug verloren. Im September 1917 schreibt er in seinen Erinnerungen, der Feldzug sei infolge der schwächlichen Politik Bethmanns und der Revolution verloren gegangen.

**Wie soll man solche Widersprüche erklären?**

**Bleibt da überhaupt noch ein anderes Urteil als das eines Frivolität und Verlogenheit?**

## Völlige Einstellung des Personenverkehrs

### auf zehn Tage.

**WTB. Berlin, 1. Novbr. Verordnung betreffend Einstellung des Personenverkehrs auf den Eisenbahnen vom 31. Oktober 1919:**

**Auf Grund der die wirtschaftliche Demobilmachung betreffenden Befugnisse wird nach Maßgabe des Erlasses betreffend die Auflösung des Reichsministeriums für die wirtschaftliche Demobilmachung vom 28. April 1919 (Reichsgesetzblatt Seite 438) mit Rücksicht auf die Transportnot und die Verbesserung der Kartoffel- und Kohlenversorgung in Uebereinstimmung mit den Eisenbahnverwaltungen der Länder angeordnet, was folgt:**

**1. In der Zeit vom 5. bis 15. November einschließlich ist auf sämtlichen dem öffentlichen Verkehr dienenden vollspurigen Haupt- und Nebeneisenbahnen der gesamte Personenzugsverkehr einzustellen.**

**Ausnahmen sind nur zulässig zugunsten des unbedingt notwendigen Arbeiterverkehrs und des Vorortsverkehrs der Großstädte.**

**2. Nach dem 15. November 1919 dürfen auf den zu 1 bezeichneten Bahnen bis auf weiteres für den Personenverkehr nur die im Interesse der Erhaltung des Wirtschaftslebens unbedingt notwendigen Züge gefahren werden.**

**Das Reichsverkehrsministerium hat die Durchführung dieser Verordnung zu überwachen.**

**Berlin, 1. November 1919.**

**Die Reichsregierung.**

**Bauer. Schmidt. Bell.**

## Beginn des amerikanischen Bergarbeiterstreiks.

**Nach einer Meldung der „Evening News" aus Newyork ist der Bergarbeiterstreik ausgebrochen. 500 000 Arbeiter haben die Arbeit niedergelegt. Der Streik ist aber nicht allgemein. Nach einer weiteren Meldung aus New York vom 1. November erklärten die Führer die Zahl der am Streik beteiligten Bergarbeiter auf 397 000.**

**Die amerikanische „Freiheit".**

**WTB. Louisville, 2. Nov. (Drahtnachricht.) Havas. Ein Bataillon erhielt den Befehl, sich in den Bergwerksbezirk von Westvirginien und Indianopolis zu begeben. Eine abends erlassene Verordnung der Streikleitung gebietet den Bergarbeitergewerkschaften mitternachts in den Ausstand zu treten.**

**WTB. Amsterdam, 1. Nov. (Drahtnachricht.) „Nieuwe van den Dag" veröffentlichen eine Depesche aus Indianapolis, wonach gegen 41 Führer der Bergarbeiter Anklagen eingebracht wurden.**

## Erfolgreicher Kampf gegen die Schieber?

**Berlin, 3. Nov. Aus dem deutschen Westen findet eine fluchtartige Abreise der Vertreter des Schieber- und Wucherunwesens statt. Bei der Abfassung von Schiebern in Koblenz waren, wie das „Berl. Tagebl." berichtet, auch Berliner Kriminalpolizisten beteiligt.**

**Im Rheinrevier ist der Ueberwachungsdienst zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet infolge der verschärften Paßkontrolle nachdrücklicher geworden. Die Lebensmittelschiebungen über die Grenze haben etwas nachgelassen. Verhaftungen werden täglich vorgenommen.**

## Marx, Lenin und die Diktatur des Proletariats.

Von Heinrich Cunow.

### II. Marx und die bolschewistische Diktatur-Theorie.

Mit der Forderung der Errichtung des Rätesystem übernahmen die deutschen Kommunisten und Unabhängigen auch von den russischen Bolschewiki die theoretische Begründung der Diktatur des Proletariats, wie sie der führende Theoretiker des Bolschewismus, Lenin (Wladimir Uljanow), in seiner auch ins Deutsche übersetzten Schrift „Staat und Revolution" aufgestellt hat. Die Bolschewiki wie die Menschewiki, die sozialistischen Internationalisten wie der linke Flügel der Sozialrevolutionäre halten sich sämtlich für gute Marxisten, leiten aber ganz verschiedene politische Lehren aus den Marxschen Schriften ab. Besonders behaupten die Bolschewiki, reine Marxisten zu sein! Sie begründen demnach auch ihre Lehre von der Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats mit Marxschen Aussprüchen, und zwar gehen sie von den Marxschen Staatsauffassung aus.

Marx unterscheidet streng zwischen Gesellschaft und Staat. Gesellschaft hat es immer gegeben. Schon in grauer Urzeit lebte der Mensch nicht isoliert, sondern in Gruppen; aber der Staat ist erst viel später entstanden. Der Staat ist keine Gesellschaft, sondern eine Gemeinschaft. Er ist eine politische Herrschaftsorganisation, dadurch entstanden, daß sich in den früheren Stämmen und Stammesreichen infolge der Arbeitsteilung und der Reichtumsmehrung Klassenunterschiede herausbildeten und nun die oberen Klassen die unteren Klassen unterdrückte, zu welchem Zweck sie sich einen staatlichen Herrschafts- und Verwaltungsapparat schuf. Der Staat ist demnach ein historisches Entwicklungsprodukt, das auf Klassenschichtung beruht — er ist ein Klassenstaat. Wird diese Klassenschichtung beseitigt, so fällt damit auch der Staat, d. h. nicht jede Verwaltungsorganisation, denn gesellschaftliches Zusammenleben ist ohne eine gewisse Regelung nicht möglich, wohl aber der Staat als Klassenstaat. Diese Klassenunterschiede zu beseitigen und damit auch den Staat, das ist nach Marx die weltgeschichtliche Mission der Arbeiterklasse.

Wie geschieht diese Beseitigung? Die ältere Marxsche Auffassung, wie sie im Kommunistischen Manifest niedergelegt ist, geht dahin: Infolge der kapitalistischen Entwicklung wird die Arbeiterklasse immer größer, einheitlicher, selbständiger und mächtiger. Sie wird zur größten, die große Mehrheit der Bevölkerung umfassenden Schicht, während infolge der Kapitals- und Betriebskonzentration die Kapitalistenklasse an Umfang abnimmt. Hat die Arbeiterklasse die große Mehrheit und die nötige Stärke gewonnen, so wird sie sich auf revolutionärem Wege der Staatsgewalt bemächtigen und nun die Staatsmaschinerie dazu anwenden, nach und nach die Klassenschichtung abzuwenden. Damit stirbt der Klassenstaat ab.

**In diesem Sinne heißt im Kommunistischen Manifest:**

„Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, aller Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, das heißt des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und die Masse der Pro-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191103-11/fragment/page=0001

duktionskräfte möglichst zu vermehren. Es kann dies natürlich zunächst nur geschehen vermittelst despotischer Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, durch Maßregeln also, die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber im Laufe der Bewegung über sich selbst hinaustreiben und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unvermeidlich sind."

An dieser Auffassung hat aber Marx keineswegs während seines ganzen Lebens festgehalten. Die den Revolutionsjahren 1848/50 folgende Abflauungsperiode der revolutionären Bewegung, sowie das eingehende Studium des Wirtschaftsgetriebes Englands führten Marx zu der Ansicht, daß noch keineswegs der Kapitalismus seinem Ende nahe sei. In einem Brief an Friedrich Engels vom 8. Oktober 1858 hält er es sogar für wahrscheinlich, daß „die bürgerliche Gesellschaft noch einmal ihr 16. Jahrhundert erlebt" (das heißt noch einmal einen ähnlichen Aufschwung nimmt, wie nach der Entdeckung neuer Weltteile im 15. und 16. Jahrhundert).

Deshalb muß noch eine lange Wegstrecke bis zur Abschaffung des Staates zurückgelegt werden, und diese Abschaffung kann nur erfolgen, wenn vorher durch die Assoziation der Arbeiterklasse die ökonomische Herrschaft der Bourgeoisie gebrochen, die Lohnarbeit durch die „assoziierte" Arbeit ersetzt ist. Ein Mittel dieser Ueberwindung fand Marx nun in dem Kooperativsystem, das in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts eine größere Bedeutung in England zu erlangen begann. Diese Kooperationsarbeit vermöge aber, meinte er, da die Bourgeoisie sich ihrer Ausbreitung entgegenstemme, nicht aus sich selbst die Bedeutung zu erlangen, die zur Beseitigung der Klassenherrschaft nötig sei. Deshalb müsse die Arbeiterklasse die politische Macht erobern, um den Widerstand der Bourgeoisie zu brechen. Dementsprechend heißt es in der Einführungsadresse der neugegründeten Arbeiter-Internationale:

„Um die arbeitenden Massen zu befreien, bedarf das Kooperativsystem der Entwicklung auf nationaler Stufenleiter und der Förderung durch nationale Mittel. Aber die Herren des Grund und Bodens wie die des Kapitals werden stets ihre politischen Privilegien zur Verteidigung und zur Verewigung ihres wirtschaftlichen Monopols benutzen. Statt die Befreiung der Arbeit zu fördern, werden sie fortfahren, ihr jedes mögliche Hindernis in den Weg zu legen. Politische Macht zu erobern ist daher die große Pflicht der Arbeiter-Klasse."

Doch auch diese Auffassung läßt Marx schon nach wenigen Jahren wieder fallen. Die schnelle Ausdehnung der sozialistischen Bewegung und vor allem die Erfahrungen der Pariser Kommune von 1871 bestimmen ihn, die Abschaffung der Klassenherrschaft wieder auf einem anderen Wege zu suchen. Die Umwälzung, meint er nun, werde derart vor sich gehen, daß die Arbeiterklasse sich zunächst der einzelnen Gemeinden bemächtigt und diese, wie er in der Generalratsadresse der Internationale sagt, als Hebel benutzt, um „die ökonomischen Grundlagen umzustürzen, auf denen der Bestand der Klassen und damit der Klassenherrschaft ruht". Diese sozialistischen Kommunen hätten sich dann wieder zusammenzutun, also Kommunalverbände zu bilden, die, indem sie der Staatsgewalt immer weitere wichtige Funktionen abnehmen, deren Wirkungskreis einschränkten und so schließlich die Staatsmacht brächen. Während sich im Kommunistischen Manifest das Proletariat der Staatsgewalt bemächtigt, durch diese „alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates zentralisiert" und dadurch die sozialistische Gesellschaft herstellt, baut sich nach der Generalratsadresse über die Pariser Kommune die neue Gesellschaft nicht auf der zentralisierten Staatsgewalt, sondern auf der Grundlage der sozialisierten Kommune auf.

Daß in dieser Hinsicht zwischen dem Kommunistischen Manifest und der späteren Marxschen Auffassung ein beträchtlicher Unterschied besteht, haben Marx und Engels in ihrer 1872 geschriebenen neuen Vorrede zur zweiten Auflage des Kommunistischen Manifests selbst zugegeben, indem sie dort erklären:

„Gegenüber der immensen Fortentwicklung der großen Industrie in den letzten fünfundzwanzig Jahren und der mit ihr fortschreitenden Parteiorganisation der Arbeiterklasse, gegenüber der praktischen Erfahrungen, zuerst der Februarrevolution und noch weit mehr der Pariser Kommune, wo das Proletariat zum ersten Mal zwei Monate lang die politische Gewalt inne hatte, ist heute dies Programm stellenweise veraltet. Namentlich hat die Kommune den Beweis geliefert, daß die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann."

Die Arbeiterklasse kann auch nicht, wie nun Marx in der Generalratsadresse der Internationale erklärt, Wünsche und Programme verwirklichen, für welche die gesellschaftlichen Verhältnisse noch nicht reif sind. Selbst wenn die Arbeiterschaft durch eine Revolution die politische Macht errungen hat, kann sie nicht kurzweg ihre Ideale realisieren. Durch Volksbeschlüsse lassen sich keine Gesellschaftsordnungen ändern. Die Arbeiterklasse vermag nur durch Hinwegräumung der staatlichen Hindernisse den reif gewordenen wirtschaftlichen Umwälzungen den Weg freizumachen. Wörtlich heißt es in der Generalratsadresse:

„Sie (die Arbeiterklasse) hat keine fix und fertigen Utopien durch Volksbeschluß einzuführen. Sie weiß, daß, um ihr eigene Befreiung und mit ihr jene höhere Lebensform hervorzuarbeiten, der die gegenwärtige Gesellschaft durch ihre eigene ökonomische Entwicklung unwiderstehlich zu gegenst. ebt, daß sie, die Arbeiterklasse, lange Kämpfe, eine ganze Reihe geschichtlicher Prozesse durchzumachen hat, durch welche die Menschen wie die Umstände gänzlich umgewandelt werden. Sie hat keine Ideale zu verwirklichen; sie hat nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen."

Zwischen jenem Zeitpunkt, wo sich die Arbeiterklasse der Gewalt im Staate bemächtigt, und wo sie endlich die Klasseneinrichtungen des Staates völlig abzuschaffen vermag, wird also eine lange Uebergangsperiode liegen, und diese Zeit bezeichnet Marx als „die Zeit der Diktatur des Proletariats". So heißt es beispielsweise in seiner Kritik des Gothaer Sozialdemokratischen Parteientwurfs: „Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Uebergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann, als die revolutionäre Diktatur des Proletariats."

Die bolschewistische Begründung der Notwendigkeit des Rätesystems läßt diesen ganzen Entwicklungsgang der Marxschen Lehre von der Auflösung des Klassenstaates außer Betracht. Die bolschewistische Doktrin knüpft nicht nur bei jenen Vorstellungen von dem einfachen Gebrauch der Staatsmaschinerie zu kommunistischen Zwecken an, die Marx und Engels in der Vorrede zur zweiten Ausgabe des Kommunistischen Manifests selbst als irrtümlich bezeichnen, sie überbietet diesen Irrtum noch.

Nach der Lehre, wie sie Lenin in seiner schon erwähnten Schrift „Staat und Revolution" vertritt, hat das Proletariat, nachdem es sich vermittelst der Revolution der Staatsmaschinerie bemächtigt hat, zunächst die dadurch erlangte Repressionsgewalt dazu anzuwenden, den alten Staat abzubrechen, das heißt seine Institutionen zu demolieren und an die Stelle der alten Staatsgewalt die rücksichtslose Diktatur des Proletariats zu setzen, um dann vermittelst dieser Diktatur die kommunistische Wirtschaftsordnung durchzuführen. Dabei kann nach bolschewistischer Lehre die Arbeiterklasse, wenn es ihrem Zweck nützlich ist, von allen demokratischen Mitteln absehen und ganz nach Gutdünken Gewalt anwenden, denn es handelt sich nach der Revolution nicht um Herstellung demokratischer Einrichtungen, sondern darum, den Widerstand der Bourgeoisie mit Gewalt zu brechen. In seiner theoretischen Begründungsschrift der bolschewistischen Diktatur (Staat und Revolution, S. 82) sagt Lenin wörtlich:

„Die Diktatur des Proletariats, d. h. die Organisation des Vorkrupps der Getretenen zur herrschenden Klasse, zur Niederdrückung der Ausbeuter, kann nicht einfach nur zu einer Erweiterung der Demokratie führen. Gleichzeitig mit der ungeheuren Ausbreitung der Demokratie wird diese zum ersten Male zu einer Demokratie für die Armen, für das Volk, und nicht zu einer Demokratie für die Wohlhabenden. Die Diktatur des Proletariats trifft eine Reihe Ausnahmen in Bezug auf die Freiheit der Ausbeuter. Unterdrücker, Kapitalisten. Wir müssen sie unterdrücken um die Menschheit von der Lohnsklaverei zu befreien. Ihr Widerstand muß mit Gewalt gebrochen werden, und es ist klar, daß, wo eine Unterdrückung stattfindet, wo Zwangsanwendung geübt wird, da gibt es keine Freiheit, keine Demokratie."

Diese Theorie der bolschewistischen Diktatur entspricht, so behauptet Lenin, durchaus der marxistischen Lehre. — Wie sieht es damit aus?

Erstens: Der Bolschewismus setzt einfach das russische Gesamtproletariat der russischen bolschewistischen Partei gleich, obgleich diese nur einen kleinen Bruchteil des russischen Proletariats darstellt. Lenin und seine Anhänger fassen daher die proletarische Diktatur als die Machtbehauptung einer kleinen politischen Minorität (der Bolschewisten) gegenüber einer Mehrheit auf. Marx und Engels sehen hingegen darin den Kampf einer übergroßen Mehrheit gegen die Machtbehauptung einer zwar an Zahl weit unterlegenen, aber infolge ihres Besitzes der Produktionsmittel das wirtschaftliche Leben beherrschenden Minderheit, wie es denn auch ganz unmißverständlich im Kommunistischen Manifest heißt: „Alle bisherigen Bewegungen waren Bewegungen von Minoritäten. Die proletarische Bewegung ist die selbständige Bewegung der ungeheuren Mehrheit im Interesse der ungeheuren Mehrheit." Bilden denn die Bolschewisten in Rußland die ungeheure Mehrheit?

Zweitens: Die Bolschewisten suchen mit blutiger Gewalt ihr kommunistisches Ideal durchzuführen, das heißt den Kommunismus einer Wirtschaftsordnung aufzupfropfen, die zu den am wenigsten entwickelten in Europa gehört. Dagegen lehrt Marx: „Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktionskräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind." Wirtschaftliche Ideale lassen sich nach Marxscher Lehre immer nur soweit verwirklichen, als die Entwicklung bereits die nötigen Vorbedingungen dafür hervorgebracht hat. Besitzt Rußland tatsächlich in noch höherem Maße als der Westen Europas diese Vorbedingungen?

Drittens: Marx versteht unter Diktatur nicht die Hinwegsetzung über demokratische Regierungsformen. Da er die proletarische Herrschaft als die Herrschaft einer „ungeheuren Mehrheit" auffaßt, hat diese Mehrheit gar nicht nötig, demokratisch-parlamentarische Regierungsformen zu verschmähen. Marx will mit dem Wort Diktatur nur sagen, daß das die Mehrheit bildende Proletariat einfach seinen Willen der liberalen und konservativen Bourgeoisie aufzwingen und jeden Widerstand der Minderheit brechen wird. Er gebraucht das Wort Diktatur in demselben Sinne, in dem er an anderen Stellen im Kommunistischen Manifest von „despotischen Eingriffen" spricht. Marx betont vielmehr verschiedentlich, daß die Arbeiterschaft, wenn sie gesiegt hat, als ihre erste Aufgabe betrachten muß, eine wirkliche Demokratie herzustellen. Schon im zweiten Teil des Kommunistischen Manifests heißt es, daß der erste Schritt in der Arbeiterrevolution „die Erkämpfung der Demokratie sei". Ferner bezeichnet er in seiner Schrift über den „Bürgerkrieg in Frankreich" die Pariser Kommune als „die politische Form, unter der sich die ökonomische Befreiung vollziehen" kann und rühmt an ihr, daß sie aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangen sei. „Nichts konnte", erklärt er, „dem Geist der Kommune fremder sein, als das allgemeine Stimmrecht durch hierarchische Investitur zu ersetzen".

Mag man die Marxsche Lehre von dem Absterben des Staates für teilweise überholt durch die neuere Entwicklung halten oder nicht, mit der Diktatur-Theorie des Bolschewismus und seiner deutschen kommunistischen Gefolgschaft steht der Marxsche Diktaturbegriff zweifellos im schärfsten Widerspruch. Marx geht von ganz anderen Entwicklungsanschauungen aus, als Lenin, Trotzky und Genossen. Was diese bolschewistischen Führer lehren, ist nicht Marxismus, sondern russifizierter Blanquismus.

## Beigelegter Streik im besetzten Gebiet.

Aachen, 2. Nov. Havas meldet: Der Streik der Metallarbeiter, Bergleute und Eisenbahner in der 4. Zone wird auf Grund von Unterhandlungen der Besatzungsbehörde mit den Arbeiterdelegierten beigelegt.

# Kleines Feuilleton.

## Stadttheater.

## Das Drama der Jugend in Deutschland.

### I. Sturm und Drang.

#### 1. Die Begebenheit.

Ueber das literarische Exempel hinaus entstehen diese Dramen auf der Bühne. Ein Schauspieler rezitiert zum Anfang das Prometheusgedicht, das eine Konzertierung und eine Art Abschied Goethes von der heißblütigen, stürmischen Jugend ist. Der einführende Vortrag Dr. Wolfgang Liepes war eine Absage gegen eine altbeschachte, nörgelnde Literaturhistorikerzippe, Mitstimmen für ein junges und darum tatsächliches Menschengeschlecht. Spott und Ablehnung schließlich auch über den „Schein" hinaus auf die Gesellschaft. Der Vortrag an sich war schmalstig, wiederholend, zu lang. Anschließend folgte eine Szene aus dem „Leidenden Weib" von F. M. Klinger und Goethes Prometheusfragment.

#### 2. Der tiefere Sinn.

Nicht eine Abfolge von Dramen heut in diesem Zyklus zur Diskussion, nicht eine Veranschaulichung und eine Schauspielende für den sachlichen oder angelernten Germanisten, dessen Hauptlebensaufgabe nur das Nachweisen ist, wo der oder der Poet seinen Gedanken her hat. Jugend steht auf dem Spiel, Menschlichkeit ist der größte Aufschrei. Kein „Theater" steht hier zur Schau behübsches „dableibenlassen". Diese Jungsten verschiedener Epochen wollten die Bretter zugleich, zum Redenpult zur menschlichen Selbstabklimmung haben. Verwurzelt im Milieu ihrer Zeit und so sich auswirkend in ihren Vorwürfen, ist ihr Kleines weltumwandelnd den Jüngsten alles: späteren Neustürmenden, die verschlungen, was bei verstaubten Alten eingerostet war. Am Zenith dieses Beginnen des „Sturm und Drang" und als Leitstern steht Rousseau, der Umwerter. Diese Wolkenden sind in seinem Zeichen nicht durch die Bedeutung ausgeschöpft, daß sie zum ersten Male eine deutsche, eine nationaldramatische Kunst schufen, ihr höchstes Ziel liegt in der revolutionären Aufwallung, die sich mit freudiger Selbsterhebung und aufbäumendem Trotz das wahre menschliche Lebensgefühl suchen wollte.

#### 3. Das Schauspiel.

Von Klingers „Leidendem Weib" sah man nur eine Szene. Und diese Szene war kaum um seiner Selbst willen da, sondern konnte nur der Ausdruck und Ausschnitt der Denkweise im Ausgang des 18. Jahrhunderts sein. Sie stand fest in ihrem äußeren und inneren Bau: ein Anschnitt im Riesenkasten der Bühne, stilecht und von jenem Fluidum, das gar nicht trotz materialistisch scheint und doch strenste Wirklichkeit bringt. Die Personen im Gesamtspiel brachten alles: Wirklichkeit und ein Manifest ihrer Zeit. Alfred Volte als Maaßler machte sogar den Anlauf zu einer vollendeten Durchdringung seines Menschen. Es blieb bei dem Anlauf. Und Goethes „Prometheus" hat man verschandelt. Es gibt ein übles Wort zur Bezeichnung, das man der Wahrheit zu Liebe sagen muß: Kitsch. Dadurch, daß man den Schauplatz in die Realität einer „Bühnen"-Wirklichkeit verlegte, die Schauspieler selbst eine eigene Realität hatten, im übrigen aber nichts von der inneren Symbolausgeschlossenheit der Worte zur Geltung kam, fällt der Sinn für ein abstraktes Fragment, das wie der „Prometheus" keine Gegenständlichkeit mehr sein will. Und ein zig das zweite Bild, wenn man positiv das dargestellte beurteilen will, war eine Zusammendrängung zur Monumentalität. Aber hätte man nicht mit Scheinwerfern und schattenhafter Unwirklichkeit, aus der der Urzeiten des geeibeschen und menschlichen wortes sich in die Zuschauerecken hämmerte, über den Theaterraum hinaus eine erschütternde Größe zimmern können. Oder darf man den „Prometheus" von Goethe nicht mit expressionistischen Sinnen und Augen geben? Der Zyklus ist gewiß eine Entwicklung, seine bühnenmäßige Darstellung muß jedoch entweder von dem notwendigen künstlerischen Gefühl oder von der Auffassung seiner Zeit diktiert werden. Hier fehlte beides.

Die Regisseure des Fragments wurden recht und schlecht von Joseph Krahé, Alfred Volte, Hermann Wedding, der als Jupiter die beste Leistung gab, Georg Ottmann, Helene Senten und Irma Grawi durchgeführt. Die Spielleitung hatte Dr. Edgar Groß. O. V.

### Wie „Tommy" am Rhein Geld macht.

Wie man Geld auf ehrliche Weise verdienen kann, ohne einen Finger zu rühren, das teilt ein Soldat der englischen Besatzungstruppe am Rhein den Lesern der „Daily Mail" mit. „Ich wechselte mir in Köln," schreibt er, „einen Scheck über 5 Pfund in der Banklikitate von Cox ein, und da die Marmalata gefallen war, so erhielt ich dafür 400 M. Ich wollte am fünften Tage Geld nach England schicken und tauschte mit dieser auf dem Mili-Arrokkami eine Postanweisung über 5 Pfund. Dafür mußte ich nur 867 M. zahlen. Ich hatte auf die leichteste und vorteilhafteste Weise von der Welt 73 M. verdient. Anfänglich schien mir das zu schön, um wahr zu sein. „Kann ich noch so eine Postanweisung kaufen?" fragte ich den Postbeamten, indem ich mich selbst in den Arm zwickte, um festzustellen, ob ich auch nicht träume. „Natürlich," sagte er, „die anderen tun es auch; die Geschichte scheint sich sehr schnell herumgesprochen zu haben." Und dies war tatsächlich der Fall. Jedermann in der Garnison schien diesen neuen Weg des Geldverdienens für sich entdeckt zu haben. Als ich wieder zu dem Banklikitate von Cox zurückkam, da schien die ganze Rheinarmee in massierten Formationen vor der Tür Aufstellung genommen zu haben und die halbe Hohe Straße war voll von Soldaten, die ein so einträgliches Wechselgeschäft machen wollten. Langsam rückten wir zu dem Schalter vor, wo die Beamten so schnell wie möglich das Geld umwechselten. Und die Erzählung für diese merkwürdige Geschichte? Sie ist sehr einfach. Soweit sie nur von einem Zahlmeister auseinandergesetzt wurde, sind zwei Prinzipien der Geldumwechslung in Geltung: eine höchst technische, die sich täglich nach den Kursen richtet und bei der Bank in Anwendung kommt, und eine militärische, bei der der Wert der Mark für einen Monat im voraus kalkuliert wird. Die letztere Ziffer, die bei den Umwechslungen der Militärpost in Anwendung kommt, ist augenblicklich viel geringer als die der Bank. Auf der Bank mußte man an dem fraglichen Tage 92 M. für ein Pfund zahlen, während bei der Post der Wert des Pfundes mit 77,40 M festgesetzt war. So konnte man also beim Umwechseln von 5 Pfund 73 M verdienen und bei größeren Summen mehr. Kein Wunder, daß die Kölner Soldaten die günstige Gelegenheit ausnutzten!"

**20 000 Kronen Monatsgehalt** erhalten die Stenotypistinnen der amerikanischen Mission in Wien: soviel machen nämlich ihre 800 Dollar. Aber selbst die schwarzen Liliner können mit ihren 6500 Kronen Monatslohn kaum ein Auto, ein Hausboot oder Staatsanzüge bezahlen. Wenn übrigens jetzt die englische Baumbeiter einen Stundenlohn von 2 Schilling fordern, so sind das auch schon 12 Mark oder in der Achtstundenschicht 96 M. täglich. Wie wäre es, wenn das ganze deutsche Volk (mit Ausnahme der Produzenten natürlich) von der Gnadenlie — angestellt würde?

**Stadttheater.** Heute, Montag, gelangt Meyerbeers Oper „Die Hugenotten" zur Aufführung. Dienstag „Die Zauberflöte", Mittwoch „Das Dorf ohne Glocke", Donnerstag „Der Erbförster", Freitag „Kameraden", Sonnabend „Tosca", Sonntag nachmittag „Danner", Sonntag abend „Die Zauberflöte". — In Vorbereitung befindet sich die Oper „Tosca" von Puccini. Die musikalische Leitung übernimmt Kapellmeister Oskar Braun, die Inszenierung und Spielleitung Leopold Sachse. In den Hauptpartien sind beschäftigt Marzia von Halten, Alfred Ernesti, Fritz Kerzmann. — Die Dekorationen und Kostüme zu der Oper „Christelflein" von Pfitzner, deren Erstaufführung ebenfalls demnächst zu erwarten ist, werden nach Entwürfen von Direktor Thomas angefertigt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191103-11/fragment/page=0002

# Bekenntnisse.

**Auf dem Niederschlesischen Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei hat der frühere Staatsminister Hergt, der Vorsitzende der Gesamtpartei eine Rede gehalten, die sich von anderen deutschnationalen Reden doch dadurch unterscheidet, daß Herrn Hergt die Anlage zum skrupellosen Demagogentum fehlt, wie sie etwa seine Kollegen v. Graefe, Röstke usw. im reichsten Maße besitzen. Infolgedessen getraute sich Herr Hergt nicht ganz so weit von der historischen Wahrheit abzuweichen, wie seine Kollegen, und so enthält seine Rede Geständnisse, die notiert zu werden verdienen. Herr Hergt gesteht:**

**1. daß der Krieg bereits vor dem 9. November verloren war;**

**2. daß wir auch ohne die Revolution harte Friedensbedingungen hätten auf uns nehmen müssen;**

**3. daß die allgemeine Moral schon vor dem 9. November sawer beeinträchtigt war.**

**Was Herr Hergt der Revolution vorwirft, sind nur graduelle Unterschiede, wir hätten den Krieg nicht so sehr verloren, die Friedensbedingungen wären nicht ganz so hart geworden, die Moral wäre nicht so sehr tief gesunken, wenn wir ein „soziales Kaisertum" beibehalten hätten, eine „Volksmonarchie" — von der bekanntlich gerade die Konservativen nie etwas wissen wollten und die sie als ein „Schattenkaisertum" energisch ablehnten. Herrn Hergts Beweisführung scheiterte an falscher Voraussetzung. Eine wirkliche Volksmonarchie hätte die Niederlage vielleicht überdauern können, wenn sie in Deutschland eingebürgert gewesen wäre. So aber erst im letzten Stadium des Zusammenbruchs abgerungen, konnte sie keine Kraft und Autorität besitzen. Gerade die Freunde des Herrn Hergt waren es, die jede politische Reform im Kriege hintertrieben haben, solange sie die Lage für aussichtsreich hielten. Wenn sie jetzt für die „Volksmonarchie" geradezu schwärmen, so muß immer darauf hingewiesen werden, daß diese Schwärmerei bei ihnen erst seit dem — 9. November datiert.**

# Heraus aus dem Baltikum.

**WTB. Berlin, 1. November. Die Reichsregierung hat an die Truppen im Baltikum, welche sich weigern, dem Befehl zur Rückkehr Folge zu leisten, eine letzte Mahnung gerichtet, in der sie jede andere Politik, als die der sofortigen Räumung des Baltikums, als verbrecherische Abenteurerpolitik brandmarkt, die jetzt schon das ganze deutsche Volk in die schlimmsten Bedrohnisse geführt habe und drauf und dran sei, weitere unendliche Schwierigkeiten und Gefahren herbeizuführen. Deshalb, so heißt es in dem Aufruf, hat die Reichsregierung zu dem letzten, unerlaßlichen Mittel gegriffen, um die Irregeführten und Verleiteten in letzter Stunde zur Besinnung zu bringen. Die Mahnung schließt, unter Hinweis auf die ungeheuren schwerwiegenden Folgen der angedrohten Strafen und die Not des nordischen Winters, dem die Truppen hilflos ausgesetzt sein würden, mit dem Rufe: „Heraus aus dem Baltikum, zurück in die Heimat!"**

**WTB. Berlin, 1. November. Zur Bekämpfung des baltischen Werbertums wurde auf Befehl des Reichswehrministers Noske eine besondere Polizeitruppe geschaffen mit der Aufgabe, Werber festzunehmen und Werbebureaus aufzuheben. Laut „Voss. Ztg." gelang es bereits, mehrere derartige Werbelokale zu schließen und ihre Leiter zu verhaften.**

**WTB. Berlin, 1. November. Als Oberbefehlshaber in den Marken hat Noske jede Unterstützung der im Baltikum befindlichen Regierung und Truppen insbesondere durch Anwerbung, Lieferung von Materialien, sowie durch Propaganda verboten. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bestraft.**

## Das Zusatzprotokoll zum Friedensvertrag.

**Frankfurt a. M., 31. Okt. Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus Genf: Im Anschluß an die gestrige Beratung der Vertreter der Großmächte in Paris teilen die französischen Zeitungen mit, daß ein Protokoll aufgesetzt wurde, das der deutschen Regierung zur Unterzeichnung unterbreitet werden soll und bestimmt ist, zu verhindern, daß die Bedingungen des Waffenstillstandes, die noch nicht erfüllt sein sollen, durch das Inkrafttreten des Friedensvertrages hinfällig werden. In dem Protokoll soll Deutschland anerkennen:**

1. **daß es eine Kompensation schulde für die vor Scapa Flow versenkten Schiffe,**
2. **daß ein Teil des im Waffenstillstand festgesetzten Eisenbahnmaterials nicht abgeliefert worden sei,**
3. **daß Deutschland nicht die vollständige Zahl der Handelsfahrzeuge ausgeliefert habe, besonders die vorgeschriebenen Tankschiffe,**
4. **daß Deutschland Fahrzeuge an neutrale Mächte verkauft habe und**
5. **daß es sich geweigert habe, die Listen derjenigen Titel und Werte abzulesen, die die deutschen Truppen aus dem besetzten Frankreich und Belgien mitgenommen hatten.**

**Außerdem soll Deutschland anerkennen, daß es seiner Verpflichtung, seine Truppen aus dem Baltikum zurückzuziehen, noch nicht nachgekommen sei.**

## Der Friede und Amerika.

**Amsterdam, 2. Nov.** Laut Presseburcau Radio brachte Senator Lodge im Senat den schriftlichen Antrag ein, daß der 12. November als Zeitpunkt für die endgültige Abstimmung über den Friedensvertrag von Versailles festgesetzt werden wird. Senator Hitchcock beantragte den 10. Nov. als Abstimmungstag. Senator Borah hat zwei neue Vorbehalte eingebracht.

## Gegen die Ablieferung der Milchkühe.

Das „B. T." erhält Mitteilung von einer Protestversammlung hervorragender englischer Persönlichkeiten gegen die von der Entente geforderte Ablieferung von 140 000 Milchkühen aus Deutschland. Der Einspruch wird im Interesse des Lebens und der Gesundheit deutscher Kinder erhoben. Es wird Ablösung der Ententeforderung durch eine Geldzahlung vorgeschlagen.

## Keine Saarkohle nach Deutschland.

**Berlin, 1. November.** Nach dem „Lok.-Anz." wurde auf Anordnung des Obersten Verwalters des Saargebiets die Kohlenausfuhr aus dem Saargebiet nach Deutschland, den neutralen und den alliierten Ländern vorläufig eingestellt. Die französischen Behörden fordern die Bergarbeiter zu Ueberstunden auf und wollen auch durch Verdoppelung der Kohlenzüge die Zufuhr aus dem Saargebiet nach Frankreich vermehren.

## Die deutsche Einfuhr nach Frankreich.

**WTB Versailles, 2. Nov.** (Drahtnachricht.) Eine halbamtliche Note hebt hervor, daß die Einfuhr aus Deutschland von einer besonderen Ermächtigung durch das Ministerium für den wiederaufbaulichen Wiederaufbau abhängig sei. Vom besetzten rheinischen Gebiet bedürfen nur Holz, Kalk, Zement, Eisen, Stahl, Backsteine und Ziegelsteine einer Einfuhrermächtigung. Außerdem seien Briefe und Telegramme gestattet und die Wiederaufnahme der geschäftlichen Verbindungen mit dem Feinde straffrei.

## Industriekrise in Frankreich.

Der „Matin" stellt fest, daß infolge des Kohlenmangels sowie der Desorganisation des Eisenbahnverkehrs die großen Firmen von Noubaix und Tourcoing beschlossen haben, ihre Fabriken zu schließen und alle Arbeiter zu entlassen.

## Die Kohlennot.

**In München ist die Zentralheizung nicht in Betrieb, so daß die Bevölkerung bei der jetzt eingetretenen scharfen Kälte frieren muß. — Die bayerischen Vertreter an der Besprechung der süddeutschen Minister, die in Stuttgart über die süddeutsche Kohlennot stattfand, fuhren, laut „S. Allgem. Ztg.", nach Berlin, um bei der Reichsregierung die beschlossenen Maßnahmen zur Behebung der Kohlennot zu vertreten.**

## Entspannung im Berliner Metallarbeiterstreik.

Meldungen eines Berliner Mittagsblattes zufolge ist das Reichsarbeitsministerium bestrebt, jetzt auch wegen der Wiederaufnahme der Arbeit in der Metallindustrie zwischen den beiden Parteien zu vermitteln.

Es bestehe Aussicht, daß schon am Montag eine Aussprache zwischen der Streikleitung und den Metallindustriellen stattfindet und auch die Bedingungen für die Wiederaufnahme der Arbeit durch einen Schiedsspruch festgelegt werden.

Die Verhandlungen über die Zuteilung der einzelnen Arbeiterkategorien zu den verschiedenen Lohnklassen sind im wesentlichen heute abgeschlossen worden.

## Die internationale Arbeitskonferenz.

Laut Presseburcau Radio ist der amerikanische Arbeitssekretär Wilson zum Vorsitzenden der Internationalen Arbeitskonferenz gewählt worden. Zum permanenten Generalsekretär wurde der Engländer Buttler ernannt. In den Wahlausschuß wurden gewählt für die Regierungen: Delevigne (England), Cyril (Argentinien), Fontaine (Frankreich), Mahaim (Belgien), Neumann (Dänemark), Ota (Japan), Castiglione (Italien), ein Vertreter der Tschecho-Slowakei, Sulzer (Schweiz). Eine Stelle wurde für Deutschland freigehalten. Für die Unternehmer wurden gewählt Hodag (Tschecho-Slowakei), Guerin (Frankreich), Majoribanks (England), Guartieri (Italien), Muto (Japan), Sales (Spanien); für die Arbeitnehmer: Mertens (Belgien), Jouhaux (Frankreich), Stuart Bunning (England), Cnedegeest (Holland), Caballero (Spanien) und Lindequist (Schweden).

## Monarchistische Bestrebungen in Ungarn.

Wie die P. P. N. aus Budapest erfahren, sind die monarchistischen Bestrebungen in Ungarn wiederum sehr stark in der Zunahme begriffen. Die Entente verhält sich solchen Absichten gegenüber neutral. Sie verlangt, daß zunächst eine Regierung geschaffen werde, die den Volkswillen repräsentiert und mit der sie dann den Frieden abschließen kann.

**Die Preußische Landesversammlung wird trotz der Personenzugsperre, die für den 5. bis 15. November angesagt ist, ihre Sitzungen am 4 November wieder aufnehmen und ununterbrochen fortsetzen.**

**Heimkehr von Zivilgefangenen.** Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit, daß der dritte Transport von Zivil-Heimkehrern aus Frankreich, etwa 750 Mann, heute von Frankfurt a. M. nach Wesel weitergeleitet wird.

**Die Streikzendahner in Essen und Bochum** sind in den Ausstand getreten.

**Der Oberbürgermeister von Wiesbaden Dr. Glässing** wurde auf Befehl des Oberbefehlshabers der verbündeten Armeen seines Amtes enthoben und aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen. Grund dieser rigorosen Maßnahme ist, daß er gegenüber den französischen Behörden zuviel Rückgrat bewiesen und mit der Kritik nicht hinter dem Berg gehalten hat.

**Die Buchdrucker in Königsberg** sind um einer Teuerungszulage willen in Streik getreten.

**In dem Befinden Hauses** ist im Laufe des Sonnabend eine geringe Besserung eingetreten. Der Patient hatte nachmittags und abends nur geringfügiges Fieber und fühlte sich verhältnismäßig wohl. Der Zustand des Kranken ist aber nach wie vor sehr bedenklich.

# Von zehn bis zwanzig.

22) Roman von Karl A. Meyer.

(Nachdruck verboten.)

Sie gab ihm einen leichten Schlag auf die Wange. „Wirst auch Hunger haben, gelt?"

Eine Beklemmung lag über der Familie, die eine rechte Wiedersehensfreude nicht aufkommen ließ.

„Ja —" seufzte die Mutter, „wie's uns geht — Vater hat keine Arbeit. Darum geht's uns nicht besonders gut. Schon viele Wochen ist er ohne Arbeit und die Unterstützung von der Organisation läuft ab."

„Heul' nur dem Jungen nicht gleich in der ersten Stunde die Ohren voll, Mutter!" unterbrach der Vater ärgerlich, nahm die Pfeife aus dem Munde und fühlte mit dem Finger, wie weit sie ausgeraucht sei; dann stand er auf und trug sie in die Kemenate. Ein halber Pfeifenkopf Tabak mußte für morgen übrig bleiben.

Dem Sohne fiel es auf, daß das Abendbrot recht mager war. Zum Kaffee fehlte die Milch; an zwei kleinen Quarktassen zupfte die ganze Familie herum.

Eine herzhafte Unterhaltung, wie sie aus Anlaß des Besuches wohl selbstverständlich wäre, kam nicht zustande.

Das Mädchen hatte manchmal die Blicke zu Alex geschickt. Er war ein tüchtiger und auch — leise gestand sie sich's — ein hübscher Mensch. . . . Ein Bruder, auf den man stolz sein kann. „Willst du noch ein Stückchen Kase, Alex? Da, ist mein Teil," sagte sie. „Ich habe heute keinen rechten Hunger."

Der Bursche lachte sie an und schob das schwesterliche Geschenk in den Mund. „wie in der Anstalt" sagte er, „wenn du mir manchmal dein Abendbrot oder etwas aus der Küche brachtest. Es gab manchmal schöne Tage draußen, nicht, Trude?"

„Ich denk' nicht gern daran," gab sie zurück, während sie den Tisch abräumte. „Manchmal möchte ich weinen, wenn mir die Erinnerung kommt."

Der Vater schob den Kasten wieder zu. „Geh vor zum Kiepler Franz," sagte er zur Tochter, „verlangst ein Päckchen Priemtabak, von der harten Sorte, sagst, es ist für mich. Du hast mir fünf Pfennig genommen, Frau. Es kommt auf eins heraus. Es geht so und auch so nicht." —

Die Familie legte sich zeitig schlafen. Dem Sohne wurde ein Lager auf dem Kanapee bereitet.

In der Nacht wachte er ein paarmal auf. Die Nacht war kalt. Gestern abend war die Mutter ratlos, was sie ihm wohl zum Zudecken geben sollte. Da hatte er lachend die Nöte der Mutter herbeigeschleppt. Nun fror er; er hatte die Nachtluft unterschätzt.

Ein schönes Federbett war erst jüngst zum Pfandleiher gewandert. Das erzählte ihm die Mutter verschwiegen, als sie allein waren, am anderen Morgen. Sie hatten eine große Doktorrechnung zu bezahlen gehabt. Wenn sie das Bett doch wieder hätte . . . seufzte sie.

Im Laufe des Vormittags brachte es Alex in einem großen Paket zurück. Soviel Geld hatte er noch, daß er sich das leisten konnte. Und für den Vater brachte er Rauchtabak. Der Mutter traten Tränen in die Augen, als sie in das strahlende Gesicht ihres Buben schaute.

„Und noch was habe ich mitgebracht!" rief er aus. „Raten! Mutter, raten! — Niemand? — Arbeit habe ich! Arbeit am ersten Tage!"

„Hast mehr Glück als ich —" brummte der Vater.

„Ein Dutzend Werkstätten mußt' ich schon durch, ehe ich Glück hatte, und ich traf's in einer Fabrik. — Nun bleib' ich vorerst da. Hebt's gehört?" Er packte das Mädchen am Arm und drehte es ein paarmal im Kreise herum.

Gertrud hatte ihn heute früh über die Lage daheim aufgeklärt. Da glaubte er, besser zu tun, wenn er nicht in die Welt hinausmarschierte.

XIV.

Alexander küßte Gertrud zum ersten Male.

An einem Sonntag, frühnachmittags, küßte er ein Mädchen zum ersten Male.

Der Vater schlief und die Mutter war in das Waschhaus gegangen, um Vorbereitungen für den morgigen Waschtag zu treffen.

Es war ganz still in der Stube, eine recht sonntägliche Ruhe. Die Wanduhr zählte mit großen Pendelschwingen Sekunde um Sekunde.

Gertrud saß am Tisch und nähte für die Familie. Ihr gegenüber saß Alexander, über ein Buch gebeugt.

Das er, las er nicht? Er stand auf vom Stuhle, klappte das Buch zu und trat ans Fenster, und er trank in einem tiefen Zug vom Sonnenlicht, das stark und hell ins Zimmer quoll.

Auch in seinem Herzen war Sonne, mannesstolz, jauchzender Glanz. Er straffte die Glieder in überströmendem Kraftgefühl.

Und als sein Blick auf das Mädchen fiel, schaute sie auf von ihrer Arbeit und sah ihn lächelnd an. Da konnte er nicht an sich halten. Mit zwei Schritten war er bei ihr, faßte ihren Kopf und küßte sie stürmisch auf den Mund.

„Gertrud, Gertrud — wie lieb ich dich habe!"

Das Mädchen lag willenlos an seinem Herzen.

Keines sprach ein Wort.

Wie aus einem Traum erwachten beide.

Dann kleidete sich der Jüngling für die Straße an und verließ mit einem Gruß die Stube. Er hatte das Bedürfnis, allein zu sein. —

Gertrud saß noch lange mit ineinandergelegten Händen. In ihrem Herzen sang und blühte es. Sie schaute glücklich in die Ferne.

— — — — — — — — — — — — — —

Alexander schob den Hut ins Genick. Mit großen Schritten ging er seines Weges. Er wußte nicht, wohin.

In die Einsamkeit! Er hatte viel mit sich zu reden und zu singen. Nicht weit war der Wald. Wohin sein Auge sah, grünte es. Machtvoll zog der Frühling durch das Land, mit Sonne und Stürmen.

Vater Himmelreich mußte nicht viel später als der Jüngling sich auf den Weg gemacht haben. Gern wie immer hatte er den Schritt zum Wald gelenkt.

„Alexander!" Der Sturm riß ihm den Ruf vom Munde.

Der Mann legte die Hände als Schallrohr an: „Alexander!"

Bald schritten sie nebeneinander her.

Die Zeiten waren ernst. Der Vater hatte noch immer keine Arbeit. Schon lange drängte es ihn, sich einmal mit dem Jungen auszusprechen. Er war ein wortkarger Mann und der Junge hatte sich dem Vater gegenüber bisher so gut wie ganz verschlossen. Beide waren sich nicht viel näher gekommen als in den ersten Wochen.

Während des Wanderns wurde der Mann gesprächig.

„Es ist ein Hohn auf die Gerechtigkeit!" sagte er und schüttelte den Kopf, „und eine Schande ist es: die Jungen und die Weibsleute müssen für den rüstigen Mann arbeiten. Und unsereiner mit seinem gesunden Schaffensknochen liegt faul daheim. Wie lange geht's schon so, Alex, und wie lange noch soll es so weitergehen?"

„Es geht zur Not —" warf der Bursche ein, „und es wird sich schon einmal was finden."

„Es geht zur Not? — Nicht geht's. Ich weiß es besser. Ein halbes Jahr lang ohne Arbeit! Gewiß, es geht hundert anderen auch so — aber weil es denen auch beschlg geht, wird die Not bei mir nicht besser. Was bin ich für ein Kerl gewesen, forsch und stark! Jetzt bin ich bis zum Auswinden matt. Laß dir's erzählen . . . — Doch es reicht wohl für ein Glas Bier, was du bei dir hast? Ich gebe dir's wieder —"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191103-11/fragment/page=0003

# Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

## Lebensmittel-Kalender.

**Städtischer Verkauf von Rohfleisch- und Rohwurstkonserven** in der Talamtschule am Dienstag, den 4. November. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 76 501—80 500 vorm. von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 80 501—84 500 nachm. von 2—6 Uhr. Gegen Vorlage des neuen Lebensmittelscheines kann an Haushalte mit 1—3 Personen eine Einkilodose Rohfleisch oder Rohwurst, für weitere drei Personen eines Haushaltes noch eine Einkiloduse Rohfleisch oder Rohleberwurst abgegeben werden. Der Verkaufspreis für eine Einkiloduse beträgt 11 Mark. Außerdem ist hier in der Talamtschule Rohblutwurst in Einkiloduosen zum Preise von 6 Mark und in Zweikiloduosen zum Preise von 11 Mark freihändig zum Verkauf. Die Rohfleisch- und Rohwurstkonserven sind auf dem städtischen Schlachthofe und unter tierärztlicher Aufsicht hergestellt worden. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten. Mit dem obengenannten Tage findet die Verteilung ihr Ende.

**Der Verkauf von Quark** erfolgt am Dienstag, den 4. Nov., auf den Abschnitt 16 für die eingetragenen Kunden bei dem Milchhändler Hopfeld, Streiterstr. 29, und der Milchhändlerin Rinde, Goethestr. 13. Auf jeden Abschnitt wird ½ Pfund Quark zum Preise von 70 Pf. abgegeben. Die abgetrennten Abschnitte sind bis Freitag, den 7. November, abzuliefern.

**Städtischer Verkauf von Käse** in der Talamtschule am Dienstag, den 4. November. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 22 001—23 200 vorm. von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 23 201 bis 24 500 nachm. von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes kann ½ Pfund zum Preise von 50 Pf. abgegeben werden, sofern der Verkauf in Spalte 7 des alten Lebensmittelscheines noch nicht eingetragen worden ist. Der alte Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

**Städtischer Verkauf von Puddingpulver** in der Talamtschule am Dienstag, den 4. November. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 76 501 bis 80 500 vorm. von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 80 501—84 500 nachm. von 2—6 Uhr. Es kann gegen Vorlage des neuen Lebensmittelscheines an Haushalte bis zu 2 Personen ein Paket, für je weitere 2 Personen eines Haushaltes noch ein Paket Puddingpulver zum Preise von 25 Pf. abgegeben werden. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten. Mit dem obengenannten Tage findet die Verteilung ihr Ende.

Graupen. Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. Sept./4. Nov. 1915 wird der Verkauf von Graupen wie folgt geregelt: Der Verkauf beginnt am Dienstag, den 4. November. Für jede Person eines Haushaltes kann ¼ Pfund abgegeben werden. Der Verkaufspreis beträgt 44 Pf. für das Pfund. Die Müller sind verpflichtet, bei derjenigen Verkäufern die Graupen einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenlisten eingetragen sind. Der Verkauf erfolgt unter Abtrennung der Marke 423 des Warenbezugsscheines 25. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Hundertn gebündelt im Stadtlebensmittelamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß (Saal links), binnen 8 Tagen unter Angabe ihres Restbestandes einzureichen. Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. Sept./4. Nov. 1915.

Halle, den 3. November 1919. **Der Magistrat.**

# Amtliche Bekanntmachungen für Weißenfels.

Die Markenausgabe für Schwangere und Kinder bis zum 2. Lebensjahre findet vom 3. November ab Montag, Dienstag, Mitt woch, Donnerstag und Freitag nachmittags von 3—5 Uhr in der Fürsorgestelle Kleine Teichstraße 4 statt.

Die Sprechstunden der Säuglingsfürsorgeschwestern sind Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag nachmittags von 2—5 Uhr. Am Mittwoch von 4—5½ Uhr ist Sprechstunde des Stadtarztes.

Weißenfels, den 30. Okt. 1919. **Der Magistrat.**

**Speiseölverkauf.**

Von Montag früh ab findet in nachstehend aufgeführten Geschäften gegen Abgabe der 6. Buttermarke Verkauf von Speiseöl statt.

**Auf jede Marke werden 100 Gramm zum Preise von 1.40 M** abgegeben.

Drogerie Zickmantel, Jüdenstraße, 1—2900; Dreihaupt Markt., 2901—5800; Hahn, Burgstraße, 5801—8700; Kurze, Gr. Burgstraße, 8701—11600; Zenker, Beuditzstraße, 11601—14500; Kaufmann Schlegel, Schützenstraße, 14501—17400; Schröter, Nikolaistraße, 17401—20300; Eichold, Gr. Burgstraße (Winkler Nachf.), 20301—23200; Hosse, Taugwerbener Straße, 23201 bis 26100; Fischer, Otto, Merseburger Straße, 26101—29000; Braune, Feldstraße, 29001—31900; Drogerie Galch, Merseburger Str. 24, 31901 bis Schluß.

Die Abholung hat bis zum 8. 11. 1919 zu erfolgen.

Weißenfels, den 1. Nov. 1919. **Der Magistrat.**

**Petroleumverkauf.**

Am Montag, den 3. und Dienstag, den 4. November findet in den nachstehenden Geschäften der Verkauf von Petroleum auf die Ottobermarke 3 wie folgt statt:

Kaufmann K. F. Petzold, Montag 1—350, Dienstag 351—700; P. Kuhno, Nikolaistraße, Montag 701—1050, Dienstag 1051 bis 1400; Alwin Pötzold, Leipziger Straße, Montag 1401—1750, Dienstag 1751—2000; Alfert Rosle, Taugwerbener Straße, Montag 2001—2450, Dienstag 2451—2800; Konsumverein, Schillerstraße, Montag 2801—3150, Dienstag 3151—3500; Wilh Fischer, Jüdenstraße, Montag, 3501—3850, Dienstag, 3851—4200.

Auf jede Marke werden ¼ Liter Petroleum zum Preise von 60 Pfg. abgegeben.

Weißenfels, den 1. Nov. 1919. **Der Magistrat.**

**7. Butterwoche.** Von Montag mittag ab findet in sämtlichen Buttergeschäften gegen Abgabe der 7. Buttermarke Verkauf von Margarine statt. Auf jede Marke werden 50 Gramm zu 48 Pf. verabfolgt. Ablieferungstag der Marken am Donnerstag, den 6. November.

**Kleinhandelshöchstpreise für Zucker.** Für das neue Zuckerwirtschaftsjahr sind mit Wirkung vom 1. November 1919 folgende Kleinhandelshöchstpreise für Zucker im Stadtkreise festgesetzt worden:

Gemahlener Melis 1 Mk., gemahlene Raffinade 1,02 Mk., Würfelzucker 1,04 Mk., Brotzucker 1,06 Mk., Kandiszucker 1,20 Mk. je Pfund.

Weißenfels, den 30. Oktober 1919. **Der Magistrat.**


**Walhalla-Operettentheater.**
Anfang ½8 Uhr:
Mont. Dienst. Mittw.:
**Schwarzwaldmädel.**
Donnerstag z. 1. Male in prächtig. Ausstattg.:
**„Der Mikado."**
Optt. v. Arth. Sullivan.
Kasse 10-1½ u. 4-6.

**Stadt-Theater**
Dienstag, d. 4. Nov. 19, Anfg. 7½, Ende 10½ Uhr:
**Die Zauberflöte.**
Mittwoch:
Das Dorf ohne Glocke.

**Gestrickte Binder**
in sehr großer Auswahl
**Stück 8.50**
besonders preiswert.
Dauerwäsche-Vertrieb
**Kl. Berlin 2,** 1 Treppe rechts
Ecke Sternstraße. 9649

**Schluss**
der
**Anzeigen-Annahme**
vormittags 10 Uhr.

U.T.
**Leipzigerstrasse Nr. 88**
Fernruf Nr. 1224.
**Der Tänzer**
I. Teil.
Nach dem bekannten Roman von Felix Holländer
Schauspiel: 1 Vorspiel u. 3 Akte.
Vorführung: 4.50, 7.00, 9.20.
**Paul Heidemann** in **Schieberchen & Co.**
Ein Celluloid-Lustspiel in 3 Filmstreifen.
Vorführung: 4.10, 6.20, 8.30.
**Die neuesten Wochenberichte.**
**Beginn 4 Uhr.**

**Alte Promenade Nr 11a.**
Fernruf Nr. 5738.
**Paul Wegener**
in dem grossen Monumentalfilm
**Der Galeerensträfling.**
I. Teil (Von der Galeere zum Schafott).
Phantastischer Film in 5 Akten.
Eine ganz besondere Eigenart kennzeichnet Paul Wegener und seine Filme. Der Galeerensträfling ist von stark packender Handlung und verletzt trotz seiner Realistik nie den künstlerischen Geschmack
Vorführung: 4.0 6.50 9.10
**Sektperlen.**
Reizendes Lustspiel in 3 Akten.
Vorführung: 4.0, 6.10 8.20
**Beginn 4 Uhr.**

U.T.
**„Film und Volksbildung".**
Die für Mittwoch, den 5. und Donnerstag, den 6. Nov., geplanten Filmvorträge und Vorführungen wissenschaftlicher Filme müssen verschoben werden, da die auswärtigen Vortragenden infolge Einstellung des Personenverkehrs nicht nach hier kommen können. Falls die Verkehrseinschränkung nicht verlängert wird, finden die Vorträge wie folgt statt:
**Montag, den 17. Nov., ½3 Uhr nachm.**
für alle durch die Regierung geladenen Teilnehmer,
**Dienstag, den 18. Nov., 3 Uhr nachm.**
für Universität, Lehrkörper der höheren Schulen usw.
Die ausgegebenen Karten behalten ihre Gültigkeit!
**U.-T.-Lichtspielhaus-Gesellschaft m. b. H. Halle.**

**Park-Bad**
Neu renoviert. Täglich geöffnet 9—7 Uhr
**Eröffnung Montag, 3. November**
Badezeiten im Dampfbad:
für Herren: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend 9—12 Uhr Vorm., täglich 4—7 Uhr Nachmittags.
für Damen: Mittwoch und Freitag 9—2 Uhr. Montag, Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend v. 12—3 Uhr.

**Apollo-Theater**
Heute 7½, z. letzten Male:
**Die Tugendfreundin.**
Dienstag, zum 1. Male:
**Die tanzende Maske.**
Optte. v. R. Benatzky.
Komponist von „Liebe im Schnee".
Alte Gäste:
Louise Tirich v. Neuen Operettenhaus Berlin.
Max Müllenz v. Theater a. d. Wien, Wien.
Vorverk. 9—1 u. 5—7.

**Alle Sorten Felle, Häute, Tierhaare u. Wolle**
kaufen zu Höchstpreisen
**Gebr. Danglowitz,**
Fischerplatz 2. Tel. 1178.

**Bad Wittekind**
Im Winter geöffnet.
Badezeiten vom 1. November ab:
An Wochentagen:
9—11½ u. 2—7½ Uhr.
Dampfheizung u. elektr. Licht, Wasser-, Sol-, Kohlensäure-, Fichtennadelsol-, Moor-, Dampf-, elektr. Licht- u. andere medizinische Bäder.
Massage für Herren und Damen.
Krankenkassenmitglieder Ermäßigung
Fernruf 2675.

Zur
**Erinnerung an die Revolution**
ist eine in Text und Bildschmuck künstlerisch und reichhaltig ausgestattete
**Erinnerungs- u. Festschrift**
zum Preise von 30 Pf. erschienen.
Unsere Leser und sonstige Interessenten erhalten diese
**16-seitige Revolutions-Nummer**
von den Zeitungsträgerinnen oder in unserer Buchhandlung, Große Ulrichstraße 27.
**Verlag der Volksstimme G.m.b.H.**

**Pelzwaren.**
Bei uns werden Sie richtig beraten.
Wir verkaufen:
Kragen, Kapes, Fuchsformen, Muffen, Pelz-Hüte und Mützen für Damen, Mantelkragen u. Aermelaufschläge, Pelzbesätze Herren- und Knaben-Kragen
in modernen Formen, guten Fellen, prima Verarbeitung
zu vorteilhaften Preisen.
**Brummer & Benjamin**
Grosse Ulrichstrasse 22/23.
Beachten Sie meine Schaufenster-Auslagen.

Sofort, spätestens zum 1. Dezember ds. Js. wird ein
**Gemeindediener und Vollziehungsbeamter**
gesucht.
Pensionsfähiges Gehalt (Besoldungsklasse 4a der preußischen Staatsbeamten) 1300—1800 Mark in 21 Dienstjahren. Ferner jährlich 150 Mark Wohnungsgeld, die staatlichen Teuerungszulagen und 10,0 Mark Kleidergeld. Anstellung erfolgt zunächst auf eine Probedienstzeit von 6 Monaten, sodann endgültig mit Pensionsberechtigung gegen dreimonatige Kündigung. Nach 5 jähriger Dienstzeit kann Anstellung auf Lebenszeit erfolgen.
Inhaber des Zivilversorgungs- oder Anstellungsscheines wollen Meldungen mit Lebenslauf und beglaubigten Zeugnisschriften bis spätestens 15. November d. Js. hierher einreichen.
Geeignete Kriegsbeschädigte erhalten den Vorzug.
Bockwitz (Kreis Liebenwerda), 29. Oktober 1919.
Der L. Gemeindevorsteher. Fleischhauer.

Preisliste gratis
C. KLAPPENBACH
Fachgeschäft u. Versandhaus für sanitäre Artikel
Halle a/S. Gr. Ulrichstr. 41
Fernr. 6545.

**Vorträge d. Verb. Hall. Frauenvereine.**
Auditorium maximum der Universität
Donnerstag, den 13. November 6½ Uhr,
**Professor Boehmer:** Weltanschauung und Politik.
Donnerstag, den 20. November, 6½ Uhr,
**Professor Boehmer:** Weltanschauung und Religion.
Donnerstag, den 27. November, 6½ Uhr,
**Professor Boehmer:** Kirche und Staat.
Donnerstag den 4. Dezember, 6½ Uhr
**Professor Waetzoldt:** Polit. u. künstlerische Revolution u. Licht d. Mittwoch, den 10. Dezember, 8 Uhr.
**Professor Anbin:** Das Gaunertrabtem.
An jeden Vortrag soll sich eine Aussprache anschließen. Karten für alle Vorträge zu 4 M., für Einzelvorträge zu 1,50 Mk. sind am Eingang der Universität bei Schirner, Kutelmann und in der Buchhandlung Pritschow, Beim Dom erhältlich zu haben.

**Bei Einkäufen**
bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich auf die Inserate in der „Volksstimme" zu beziehen.

Ab 3. Novbr. finden meine Sprechstunden wie folgt statt:
**Für Privatpatienten:** Wochentags vorm. 9—12 und Sonnabend 3—4.
**Für Kassenpatienten:** Wochentags 12—1, Montag, Dienstag und Freitag 4—6 nachm.
Dienstag und Freitag 4—6 nachm.
**San.-Rat Dr. Grüneberg**
Facharzt für Haut-, Harn- u. Geschlechtskrankheiten. Ambulatorium für Licht, Röntgen- und Radiumbehandlung.


Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191103-11/fragment/page=0004

# Bethmann-Hollwegs Aussagen.

Am Sonnabend haben wir kurz auf die Freitagssitzung des zweiten Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung hingewiesen. Auch die drei Kernfragen, die der Vorsitzende des Ausschusses, Abg. Warmuth an Bethmann Hollweg stellte, haben wir zum Abdruck gebracht.

Der frühere Reichskanzler von Bethmann Hollweg erklärte, daß Deutschlands Wunsch dahin gegangen sei, daß Wilson die Entente überbaupt an den Verhandlungstisch bringe. Gelänge dies, dann sollten die unmittelbaren Beziehungen zwischen den Kriegführenden von diesen allein ohne Wilsons Teilnahme geregelt werden und es ist in einer anschließenden Konferenz sollen unter Teilnahme Wilsons allgemeine internationale Fragen erörtert werden. Damit war Präsident Wilson einverstanden, er hat sogar eine andere Tätigkeit für sich überhaupt nicht beansprucht. Es muß hier unterschieden werden zwischen einer materiellen Friedensvermittlung und einer Friedensaktion überhaupt. Gegenüber der Vorstellung, daß wir durch unser Friedensangebot die Friedensaktion Wilsons gefördert hätten, betone ich: Der Friedensappell, den Wilson erlassen wollte und der in der bekannten Erlaß Graf Bernstorff in Aussicht stellte, ist in der Friedensnote Wilsons vom 18. Dezember enthalten. Geschieht ist diese Note Mitte November. Damals haben wir noch kein eigenes Friedensangebot gemacht und Wilson wußte noch nicht, daß wir diese Absicht hatten. Der klare und unwiderlegbare Schluß ist, daß unser Friedensangebot weder den Präsidenten von seiner Friedensaktion abgehalten, noch sie beeinflußt hat. Wilson hat seiner eigenen Verstimmung keinen Einfluß auf sein Handeln eingeräumt. Hiernach kann, wenn von einer schädlichen Wirkung unseres Friedensangebotes gesprochen wird, nur gemeint werden,

**ob unser Friedensangebot die Entente veranlaßt hat,**

Wilsons Friedensnote vom 18. Dezember in einer Weise zu beantworten, die eine Ablehnung gleich kam, und ob ich das hätte wissen müssen und voraussetzen können. Hierbei gerate ich in einen Komplex von Problemen, von denen die amerikanischen Beziehungen nur einen verhältnismäßig kleinen Abschnitt bilden. Bei den Momenten, die gegen das Warten auf das Friedens-Angebot sprachen, kommt für mich zunächst die persönliche Seite in Frage, dann die vorher mit der amerikanischen Regierung und unter Stellung zur Entente gemachten Erfahrungen und schließlich unsere Verbindungsmöglichkeit mit den Vereinigten Staaten. Ich bin weit entfernt davon, zu behaupten, daß es Wilson nicht ernst gewesen sei, für das Urteil der Berliner Zentrale mußte aber dann eine lange Tatsachenreihe zweifelhaft machen, ob und wann er glauben wurde, seinen Entschluß überhaupt ausführen zu können. Nach dem Bericht des Grafen Bernstorff lag in Wilsons Charakter ein gewisser zaudernder Zug. Nach unsern Berichten sind gerade Ende Dezember auch neutrale Staatsmänner darüber im Zweifel gewesen, ob Wilson ernsthaft an den Frieden denke. Wilson war sonstigen behandelt durch sein und seines Landes Verhältnis zu der Entente. Freundliche Gesinnung aber für Deutschland hat Wilson, wie auch Clemenceau neulich feierlich im Senat bekundet hat, nicht gehabt. Ohne die einseitige Begünstigung unserer Feinde durch die amerikanischen Waffen- und Munitionslieferungen wäre der Krieg wahrscheinlich sehr viel früher zu Ende gewesen. Graf Bernstorff hat ja auch mitgeteilt, daß Wilson wegen der Nachteile für den amerikanischen Handel nichts gegen England unternehmen konnte. Das war nach der Seesperre. Nun hat aber Wilson uns wiederholt erklärt, er werde, falls wir vom unbeschränkten U-Boot-Krieg abrücken, England zu der Londoner Deklaration zurückbringen. Wilson war aber durch die Handelsbeziehungen Amerikas zu England gebunden. Das mußte seine Friedensaktion stark beschränken, und darum konnten wir diese nicht als sicheren Faktor in unsere Rechnung einstellen und selbst unsicher bleiben. Als der rumänische Feldzug zu unseren Gunsten entschieden war, waren bei uns alle Vorbereitungen getroffen, unser Friedensangebot herauszulassen. Wir verfügten über keinen unkontrollierten Verkehr mit Washington. Die amerikanische Regierung hatte uns allerdings einen beschränkten Telegrammverkehr durch ihre Berliner Botschaft gestattet, ich aber eine Kontrolle der Depeschen vorbehalten. Die Erschwerung unseres Verkehrs mit Washington beruhte im wesentlichen auf vollerrechtlich nicht zu begründenden Forderungen Englands, die die amerikanische Regierung sich eine weiteres gefallen ließ. Statt daß der Botschafter Gerard uns fortlaufend über Wilsons Intentionen orientierte, war er eigentlich

**nur der Ueberbringer unfreundlicher Noten.**

Gerade in den kritischen Zeiten des Winters 1916/17 erklärte er mir wiederholt, mit einem gewissen Ton des Vorwurfs, daß er in Sachen der Wilsonschen Friedensaktion nicht informiert und ohne Instruktion sei. Die Gesamtheit dieser Momente gestattete mir nicht, der Grundauffassung des Grafen Bernstorff in vollem Umfange zu folgen. Vor dem amerikanischen Senat hat Präsident Wilson feierlich seine Ueberzeugung bekundet, daß Amerika in den Krieg gezogen wäre, auch wenn unsererseits keine Gewalttaten an amerikanischen Bürgern vorgekommen wären. Für die Veröffentlichung des Friedensangebotes der Mittelmächte gerade am 12. Dezember sprach zunächst die Rücksicht auf die von Baron Burian geäußerte Ueberzeugung, daß eine öffentliche dokumentierte Friedensbereitschaft der Mittelmächte die Stimmung Oesterreichs heben würde, selbst dann, wenn die Feinde das Angebot ablehnten. Daß ganz unabhängig davon bei Ba on Burian auch das Bestreben bestand, möglichst bald das Weitermorden zu beenden, ist ganz selbstverständlich. Bei uns in Deutschland hatte sich die Kluft zwischen Annexionisten und Gegnern immermehr erweitert und vertieft. In meinen Reden in amtlichen Erklärungen habe ich wiederholt

**den Verteidigungscharakter des Krieges unterstrichen**

und der leidenschaftliche Haß, mit dem mich die Annexionisten verfolgten, konnte keinen Zweifel über meine Stellung aufkommen lassen. Trotzdem mußte eine abermalige Betonung, daß der Krieg nicht um quantitativer Ziele willen fortgeführt werde, auch innerpolitisch nützlich und notig erscheinen. Dann kamen außenpolitische Gründe für unser Friedensangebot. Ich war der Auffassung, daß der Friede nur erreicht werden könne durch Einwirkungen auf die feindlichen Völker, bei denen überall die Kriegs- und Hetzstimmung geschürt wurde. Die Maschinerie der Hetzstimmung lähmte bei uns wie bei den andern Mächten die Bewegungsfreiheit der Regierungen. Ich habe das sehr frühzeitig erkannt und dem Kaiser gesagt, der dafür volles Verständnis hatte. Ich wollte immer auf den Friedenswillen der Minderheiten in den anderen Ländern wirken. Es ist vergeblich geblieben. Ich habe mich, nicht nur in Worten, sondern auch in Handlungen dagegen gewehrt, meine Bewegungsfreiheit durch Entfesselung nicht wieder zu hindernder Kräfte und Leidenschaften einschränken zu lassen. Das haben die feindlichen Regierungen nicht ge[illegible]. In den Akten der Reichskanzlei und des Auswärtigen Amts werden Sie manches Zeugnis hierfür finden. Oft genug haben unsere Feinde über die ihnen sehr unbequeme Wirkung meiner Reden. Das Friedensangebot vom 12. Dezember war ein Glied in dieser Kette. Redner tam auf die damaligen Unterwühlerischen Vorgänge in England zu sprechen und sagte: Bei unserm Friedensangebot war mit ausschlaggebend, daß im englischen Kabinett in der Friedensfrage verschiedene Strömungen miteinander rangen. Ähnlich lagen die Dinge in Frankreich. Wir glaubten, daß die Wirkung auf die Völker mit dem Friedensangebot besser sein würde als bei dem Schritt des Präsidenten Wilson. Wir sahen auch aus den Zeitungen von damals, wie unbequem unsern Feinden das Angebot gewesen ist. Möglicherweise konnte doch die Antwort der Alliierten unter einem solchen Druck von unten so ausfallen, daß es uns möglich gewesen wäre, auch die widerstrebenden Regierungen **an den Verhandlungstisch zu bringen.** Eine solche Antwort hätte der politischen Leitung des Reiches die Möglichkeit gegeben, die schwere Entscheidung, die seit Januar 1915 wie ein Damoklesschwert über ihr hing, unter Berufung auf die Friedensmöglichkeiten mit Erfolg hinauszuschieben. Wir hätten dann den Beschluß vom 9. Januar,

**den ich für verhängnisvoll hielt,**

vermieden. Heute ist es überaus billig und einfach, das Eingetretene als unvermeidbar zu bezeichnen. Die Wirkung unseres Friedensangebots wurde beeinträchtigt durch die Form, die von dem Bestreben diktiert war, unsere militärische Lage nicht schwach erscheinen zu lassen. Diese Form war ein Kompromiß der militärischen und politischen Stellen. Kurz vor meinem Sturz habe ich in meiner Rede im Reichstagsausschuß heftig geboben, daß ich gegen die Friedensresolution nichts einzuwenden hätte, weil sie nur die Fortsetzung meiner Politik bedeutete. Ich wurde durch eine Verbindung des Parlaments mit der militärischen Leitung in dem Kriegsrat geführt, als sich mir zum ersten Mal die Möglichkeit bot, meine politische Linie mit einer Mehrheit des Parlaments weiterhin wirksam zu verfolgen. Ich habe nur die Umstände beklagt, unter denen die Friedensresolution zustande gekommen war. Wir standen militärisch nicht gerade auf der Höhe. Sodann wurde sie verknüpft mit sensationellen Feststellungen über Fehlschläge im U-Boot-Krieg, die fast panikartig gewirkt hatten. Schließlich war sie begleitet von dem offenkundigen Sieg der Militärpartei über die gemäßigte Politik des Reichskanzlers. Deshalb habe ich noch wenige Tage vor meinem Sturz dem Ausschuß zugerufen: Fassen Sie keine schlappe Resolution. Das Verhängnis der deutschen Politik in der hier auf Untersuchung stehenden Periode erblicke ich darin, daß die schroff ablehnende An wort der Entente auf unser Friedensangebot der politischen Leitung die Argumente nahm, mit denen allein der verhängnisvolle Beschluß vom 9. Januar hätte verhindert werden können. Ich fasse zusammen: das Ob und das Wann eines Wilsonschen Friedensschrittes erschien in Berlin zweifelhaft. Sie zog, um den militärischen Zeitpunkt nicht zu verpassen, und um durch eine öffentliche Aktion zu den Völkern der Entente vorzudringen,

**den Weg eines öffentlichen Friedensangebotes vor.**

Später war nichts geeigneter, die Möglichkeit eines Verständigungsfriedens in weite Ferne zu rücken, als die Aufzählung der Kriegsziele der Entente, dieser Vernichtungs- und Zertrümmerungskataloq. Ich war erstaunt, daß Oberst House vorgeschlagen haben soll, daß wir ähnliche Bedingungen stellten und uns dann auf der mittleren Linie einigen sollten. Nun wird gefragt, warum wir unsere Bedingungen nicht vertraulich nach Washington übermittelt hätten. Wir sind damals nicht nach den Friedensbedingungen gefragt worden, haben sie aber angedeutet. Graf Bernstorff wurde ermächtigt, zu sagen, daß sie sehr mäßig seien, daß gelte insbesondere für Belgien, das wir nicht zu annektieren wünschten. Die elsaß-lothringische Frage sei für uns nicht diskutabel. Wilson hält uns mitteilen daß unsere Aeußerungen ihm äußerst wertvoll seien. Die positiv ausgesprochene Bitte um vertrauliche Mitteilung der Bedingungen fällt erst in die allerletzte Periode vor dem Bruch. Wir haben an Wilson am 29. Januar die Kriegsziele mitgeteilt, die allerdings von denen vom Dezember in mancher Beziehung abwichen. Die oberste Heeresleitung

**verlangte im Januar den U-Boot-Krieg**

mit voller Entschiedenheit als ein von der allgemeinen Kriegslage gebieterisch gefordertes Kampfmittel. Hinter der Forderung der obersten Heeresleitung stand ein gewaltiger Teil des Volkes, das seit Jahresfrist ehrlich glaubte, der U-Boot-Krieg werde uns mit aller Gewißheit den Sieg bringen. Dieser Glaube saß so tief und fest, daß man mich, von dem man wußte, daß ich ihn nicht teile, (mit erhobener Stimme) unterdrückt mit den infamsten Verleumdungen bekämpfte. Der überwiegende Teil der Presse hatte mit Hochdruck in demselben Sinne gewirkt. Auch von der Mehrheit des Reichstags wurde der U-Boot-Krieg getragen. Redner verliest ein Schreiben der Heeresleitung vom 26. Dezember 1916. Die oberste Heeresleitung und der Admiralstab hatten beschlossen, den U-Boot-Krieg zu machen, und der Kaiser stand auf ihrer Seite. Gegen 1916, wo ich den U-Boot-Krieg verhindert hatte, hatte sich die Lage von Grund auf verändert, weil jetzt die Zahl der U-Boote größer war und bei der geringen Weltenzahl ein Gelingen plausibler erschien. Ausschlaggebend war,

**daß Hindenburg und Ludendorff dafür waren.**

Ich konnte nur widersprechen, wenn ich mich auf ausschlaggebende Gründe stützen konnte. Die hatte ich aber nicht, ich konnte nicht die Erfolaslosigkeit des U-Boot-Krieges nachweisen. Auch der entschlossenste Siegeswille konnte 1917 die brutale Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß angesichts der andauernden Anwachsen der feindlichen Uebermacht unser Menschenersatz abnahm und unter Wirkung der Blockade schlechter wurde. (Bewegung.) Die Verantwortung lag damals zentnerschwer auf mir. Am 9. Januar war es schlechte dinas nunmehr zu sagen, nein, der U-Boot-Krieg wird nicht gemacht, ich stehe vielmehr dafür, daß wir demnächst zu Friedensverhandlungen kommen. Hätte ich damals annehmen können, daß ich durch mein Ausscheiden der von mir persönlich bekämpften Politik der Regierung irgend einen Gewinn hätte schaffen können, ich hätte keinen Augenblick gezögert, dem Kaiser mein Abschiedsgesuch zu unterbreiten. Ludendorff sprach auf Grund seiner persönlichen Eindrücke an der Westfront die Ansicht aus, daß der U-Boot-Krieg mit aller Schärfe einsetzen müsse. Gegenüber den Bedenken des Auswärtigen Amtes kam die präzise Erklärung, daß ohne den rücksichtslosen U-Boot-Krieg

**der Feldzug verloren sein würde.**

In einem Telegramm des Feldmarschalls hieß es, daß der Feldmarschall das Wilsonsche Anaebot als von England hervorgerufen betrachtet. Wir können aus nationalen Gründen und mit Rücksicht auf unsere starke militärische Lage nicht darauf eingehen. Mit starken Worten wies das Telegramm auf die Stimmung in der Armee hin. Auf meine nichtzustimmende Antwort kam ein schroffes Telegramm des Feldmarschalls, die militärische Lage erfordere energisches Handeln zur See. Der Feldmarschall setzte sein volles Verantwortlichkeitsgefühl ein, vor das die politische Verantwortlichkeit des Reichskanzlers nicht treten dürfe. Die oberste Heeresleitung war entschlossen,

**es auch mit Amerika aufzunehmen.**

Mit dem Ausscheiden meiner Person wäre nicht das geringste geändert worden. Selbst der Kaiser wäre nicht imstande gewesen, wenn er es gewollt hätte, einen Kanzler gegen das Votum Hindenburgs zu halten. Ich wußte, daß man in Wien keineswegs leichten Herzens die neue Wendung des Krieges mitmachte. Mein Abgang hätte vielleicht verhängnisvolle Differenzen mit den Bundesgenossen herbeigeführt. Auch wollte ich nicht durch meinen Abgang den Riß erweitern, der in unserem Volke schon entstanden war. Gegen Amerika bestand in unserm Volke große Animosität. Meine Warnungen, Amerika nicht zu unterschätzen, blieben unberücksichtigt. Die U-Boot-Hypnose war eine Verständigung zwischen dem Volke. Vielleicht ist bei uns den militärischen Uebergewicht nicht rechtzeitig und energisch genug Widerstand geleistet worden. Vielleicht hätte ein Mann von der Qualität und Autorität eines Bismarck die Fähigkeit besessen, auch in solcher Lage die Einsichtigkeit der Führung zu erzielen. Nach unserem namenlosen Zusammenbruch, der nur möglich gewesen ist,

**weil wir alle gesündigt haben,**

übernehme ich es nicht, die Schuld auf andere abzuwälzen. Nachdem Hindenburg mit Ludendorff an die Spitze der Heeresverwaltung berufen war, hat sich alles der militärischen Autorität geäußert. Es muß ausgesprochen werden, daß die Mehrheit des Volkes und dessen Vertretung das Uebergewicht der militärischen Leitung (mit stark erhobener Stimme) gewollt hat. Wer die historische Wahrheit feststellen will, der wird weder diejenigen, die die Widerstände nicht zu beseitigen vermochten, noch die Träger dieser Widerstände anklagen können, ohne die aus der Geschichte des deutschen Volkes und seiner politischen Parteien entstandene Mentalität zu berücksichtigen. Erst am 28. Januar kam die Depesche Bernstorffs, wonach Wilson jetzt den Frieden vermitteln wolle und ihn erhoffe. Er bäte deshalb trotz aller Skepsis, den U-Boot-Krieg aufzuschieben. Dieses Verlangen wurde von dem Generalstabe abgewiesen, weil es unmöglich sei, die bereits ausgefahrenen U-Boote zurückzubeordern. Mir blieb nichts übrig, als Wilson unsere Friedensbedingungen mitzuteilen und das Aufheben des U-Boot-Krieges zuzusagen, sobald es dem Präsidenten gelänge, eine entsprechende Grundlage für die Friedensbedingungen zu erzielen.

Nunmehr wurde eine Pause bis 4 Uhr gemacht.

In der Nachmittagssitzung des Untersuchungsausschusses wurde in der Vernehmung des früheren Reichskanzlers von Bethmann Hollweg fortgefahren. Auf eine Reihe von Fragen, ob er dem amerikanischen Botschafter Gerard konkrete Friedensbedingungen mitgeteilt habe, antwortete von Bethmann Hollweg, daß er wohl bei verschiedenen Unterredungen über das, was er bezüglich der deutschen Kriegsziele in seinen Reichstagsreden gesagt habe, gesprochen habe, konkrete Bedingungen habe er seines Wissens dem Botschafter jedoch nicht mitgeteilt. Am übrigen sei **er außerstande, auf einzelne spezielle Fragen hin zu antworten. Er bitte, derartige Fragen schriftlich zu formulieren und ihm Zeit zu lassen, aus den Akten die notwendige Kenntnis zu schöpfen,** die zu einer zeugeneidlichen Beantwortung notwendig seien. Auf die Frage, inwieweit Oesterreich über die Wilsonsche Friedensaktion informiert war, könne er im Moment keine genauere Auskunft geben. Bezüglich der Friedensvermittlung Wilsons könne er nur wiederholen, daß die Friedensaktion Wilsons durch unser Friedensangebot nicht beeinträchtigt worden sei.

Er führte weiter aus, daß ein brauchbarer Friedensschritt nur gemacht werden konnte zur Zeit eines militärischen Höhepunktes. Er habe mit voller Absicht den Grafen Bernstorff gebeten, die Aktion in Amerika weiter zu betreiben, weil er nicht wußte, wann Wilson heraustreten würde.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung erklärte von Bethmann Hollweg mit Nachdruck, daß er niemals Pessimist gewesen sei. Er habe die Lage

**vom ersten Tage sehr ernst aufgefaßt.**

Ernst und Pessimist seien ihm aber zwei ganz verschiedene Dinge. Hätte er im Reichstage den Pessimismus vertreten, dann wären wir sofort zusammengebrochen. Da sei es seine Pflicht gegenüber dem Volke, gegenüber der Armee gewesen, den Mut aufrecht zu erhalten. Auf eine Frage des Reichsministers David, ob nichts geschehen sei, die Beute der Presse auf die Friedensaktion Wilsons einzuwirken, erklärte von Bethmann Hollweg, daß die Hetze gegen Amerika auf unsere Friedensaktion keinen Einfluß gehabt habe. Daß die oberste Heeresleitung absichtlich ihre Zensur angewiesen hätte, seine Politik zu durchkreuzen, sei ihm nicht bekannt.

Hierauf wurde die Vernehmung auf Dienstag, den 4. Nov., 10 Uhr vormittags vertagt.

# Halle und Saalkreis.

Halle, 3. November 1919.

## Schnee liegt auf den Fluren.

Fremdartig erschien uns der erste Novembersonntag, an dem der Winter der Stadt zum erstenmal sichtbar und alles andere übertönend sein Gepräge verliehen. Weiß ist Trumpf. Auf allen Gebeln und Dächern, auf Plätzen und Straßen lagert weiß und mattig der Schnee. Unaufhörlich tanzten die Flocken zur Erde und es gab nicht ein Flechten, an dem sie sich die Herrschaft entreißen ließen. Sogar in den Hauptverkehrsadern der Stadt, in denen die Schneedecke mit tausenden von trampelnden Menschenfüßen zu kämpfen hatte, war des Winters Siegel nicht wegzuwischen. Allüberall fußhoher Schnee! Geduckt und gedrückt schleichen die Menschen, die immer wieder durch den überall sichtbaren Winter an kommende Tage der Kohlennot und all der anderen Nöte gemahnt werden. Dieses Jahr findet der Winter trotz des eingekehrten Friedens kein frohbewegtes Deutschland. Nur die Kinder, die den Winter nur von seiner strahlenden schönen Seite betrachten, die nur seinen weißen Pelz und seine Pausbacken sehen und fühlen, jauchzen und jubbeln. Schlitten und Schneeballschlachten beherrschen ihre Gedanken. Wir gönnen ihnen diese uralten Kinderfreuden. Vielleicht kann es uns ein Trost sein, daß trotz tiefer Not und niederdrückenden Elends ein Geschlecht folgt, welches keine Gefahren sieht und den grimmen Winter anjauchzt und über all seine Schrullen lärmt und lacht.

## Winterbeihilfe für die Erwerbslosen.

Durch Verordnung des Reichsarbeitsministeriums vom 27. Oktober ist unter anderem bestimmt, daß an Erwerbslose, die das 18. Lebensjahr vollendet und in den vorhergehenden 3 Monaten an mindestens 60 Tagen die volle Erwerbslosenunterstützung bezogen haben, in der Zeit vom 1. November 1919 bis 31. März 1920 eine Winterbeihilfe gewährt werden kann. Der Monatsbetrag für Erwerbslose mit Familie beträgt den vierfachen Tagessatz der Unterstützung einschließlich der Familienzuschläge, bei den übrigen Erwerbslosen den dreifachen Tagessatz der Unterstützung. Die Winterbeihilfe ist monatsweise zu gewähren und zwar in der Regel nicht in bar, sondern in Sachleistungen. Ferner wird in der neuen Verordnung die Möglichkeit geschaffen, an Gemeinden, die die sogenannte produktive Erwerbslosenfürsorge einführen, Zuschüsse aus Reichs- und Staatsmitteln zu leisten.

## Der Fall Babylons.

In der Kontroverse zwischen der Gesellschaft ernster Bibelforscher und der kirchlichen Partei wäre folgendes Grundsätzliches zu sagen. Die Vertreter ernster Bibelforscher glauben auf Grund biblischer Weissagungen den christlichen Kirchen infolge ihrer Verweltlichung den Untergang verkünden zu müssen, und einige von ihnen stehen nicht an, einen von Gott gewollten Sozialismus als die künftige Ordnung zu bezeichnen. Bei näherem Zusehen ist diese Ansicht durchaus begründet. Wissenschaftlich ist die christliche Lehre schon lange widerlegt, und ich will nur kurz darauf hinweisen, daß der Glaube, Christus sei in einer Person Gott und Mensch zugleich, noch immer ein logischer Widerspruch ist, denn niemand kann zugleich endlich und unend-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191103-11/fragment/page=0005

sich, verständlich und unverändert usw. sein. Aber vor allen Dingen ist das Christentum nicht nur moralisch gescheiten, sondern es ist das größte Hindernis für den moralischen Fortschritt und zwar aus folgenden Gründen. Schon Jesus hat gelehrt, daß der Wille des Menschen nicht nur durch Erziehung und Selbsterziehung, sei es gute oder böse, sondern auch durch individuelle und soziale Zustände, äußere Verhältnisse usw. sittlich beeinflußt wird; denn sonst konnte er, um nur an das Eine zu erinnern, seine Jünger nicht beten lehren: „Und führe uns nicht in Versuchung". Die moderne Psychologie hat vollauf bestätigt, daß der Wille des Menschen determiniert ist. Wollen wir also sittlich gute Menschen haben, so ist nicht nur eine gute Erziehung oder Selbsterziehung vonnöten, sondern es muß auch der soziale Zustand des Individuums und der Gesellschaft so beschaffen sein, daß sie nicht nur eine Versuchung zur Unsittlichkeit, sondern gleichzeitig ein starker Antrieb zur sittlichen Vervollkommnung ist. Anerkanntermaßen ist die gegenwärtige kapitalistische Gesellschaftsordnung auf der einen Seite die Ursache der Ausbeutung und sittlicher Verelendung, auf der andern die der verfluchten Goldgier, des Hasses von Individuen und Nationen, der feruellen Verumpfung usw. Hiermit ist die gegenwärtige kapitalistische Ordnung sittlich gerichtet und muß notwendig einer sozialen Ordnung, die der Sittlichkeit dienlich ist, Platz machen. Sozialismus ist nicht notwendig Kommunismus und ich kann mir trotz Vergesellschaftung von Grund und Boden, Produktionsmittel usw. sehr wohl die Ausübung eines den Fähigkeiten entsprechenden Berufes mit einem der Leistung angepaßten Lohne verwirklicht denken. Das Christentum stellt sich nun dem Sozialismus und somit der Sittlichkeit feindlich entgegen, was notwendig über kurz oder lang zu ihrem Sturze führen muß. Man kann aber trotzdem an Gott und eine gerechte Weltordnung glauben, ohne dabei Christ sein zu müssen. Die Behauptungen der ersten Bibelsätze sind daher nicht unbegründet. Dr. Helmke.

**Zu dem Plakatwettbewerb**

für die Kunstausstellung in der Oberrealschule hier sind 120 Entwürfe eingegangen. Das Preisgericht hat folgende Preise zuerkannt:

Den 1. Preis (500 Mark) dem Entwurfe mit Kennwort „Gruppe". Verfasser: Werner Lude, Halle, Hochstr. 8;
den 2. Preis (400 Mk.) dem Entwurfe mit Kennwort „1919". Verfasser: Karl Völker, Halle, Belfortstr. 9;
den 3. Preis dem Entwurfe mit Kennwort „Dreieck". Verfasser: Willy Martini, Halle, Steinweg 25.

Die Entwürfe sind von Dienstag, den 4. Nov., bis Freitag, den 7. Nov., täglich von 10—2,30 Uhr im städtischen Hochbauamt, Rathausstr. 6, Zimmer 125, zur Besichtigung ausgestellt. Die nicht mit einem Preis bedachten Entwürfe sind vom Sonnabend ab im gleichen Gebäude, Zimmer 106, während der Dienststunden abzuholen.

Die Herren Lude und Völker gehören der hallischen Künstlergruppe an.

* **Achtung! Verschiebung der Lichtbildervorführungen für die Lehrer.** Die für Mittwoch, den 5. ds., angesetzten Lichtbildervorführungen finden laut Mitteilung des Regierungspräsidenten wegen der Einstellung des Personenverkehrs erst am Montag, den 17. November, statt.

* **Hallischer Lehrerverein.** Am Dienstag, den 4. d. M., abends 8 Uhr findet in dem Festsaal der Talamtschule eine Vereinsversammlung statt. Herr Seminardirektor Dr. Baer spricht über das Thema: Gesichtspunkte für die Auswahl von Gedichtstoffen, angeleitet aus dem Wesen des gedichtlichen Verstehens. Gäste willkommen.

* **Nicht mehr wie 1,30 M. für die Zündhölzer.** Die Zündholzindustrie-Gesellschaft m. b. H. gibt bekannt: Trotz des gesetzlich festgelegten Höchstpreises von 1,30 M. für ein Paket (10 Schachteln) Zündhölzer inländischer oder ausländischer Erzeugung, werden den Verbrauchern immer noch höhere Preise abverlangt. Die Verbraucher können sich gegen derartige Ausbeutung nur schützen, wenn sie die Zahlung eines Preises über 1,30 M. glatt verweigern und die Verkäufer zur Anzeige bringen. Die Interessen-Vertretung der deutschen Zündholzindustrie, die Zündholzindustrie-Gesellschaft m. b. H. in Berlin W. 50, Kurfürstendamm 229, verfolgt alle ihr gemeldeten Fälle auf gerichtlichem Wege.

**Mittagessen für Kriegsküchengäste.** Der Magistrat beabsichtigt, für diejenigen Personen, die aus der städtischen Kriegsküche bis zu deren Schließung Essen bezogen haben, vom 6. November ab in der Ausgabestelle Kl. Steinstraße 1 wiederum Mittagessen zum Preise von 60 Pf. je Liter bereitzustellen. Meldungen werden bis zum 5. November an das städtische Büro V, Rathausstraße 19, Zimmer 47, erbeten.

**Ueberfahren.** Sonnabend nachmittag wurde ein Straßenbahnweichensteller unter der Eisenbahnbrücke am Bahnhofsvorplatz von einem Einspänner überfahren und erheblich verletzt. Der Weichensteller wurde mit der Straßenbahn der Klinik zugeführt.

**Das Gastspiel von Frl. Louise Tirsch,** der viel gefeierten Operettendiva vom „Neuen Operettenhaus", Berlin, und Herrn Max Willens vom „Theater an der Wien", Wien, bei der am morgigen Dienstag stattfindenden Erstaufführung der Operettenneuheit „Die tanzende Maske" von Ralph Benatzky im „Apollo-Theater" bedeutet ein Theaterereignis. Außer den beiden Gästen sind die sämtlichen übrigen Hauptkräfte mit Hans Forlmer an der Spitze in der neuen Operette beschäftigt. Als Komponist der mit größtem Erfolg im Apollo-Theater oft gegebenen Operette „Liebe im Schnee" ist Ralph Benatzky bereits bestens eingeführt. Der Vorverkauf zu dem Gastspiel- und Premierenabend hat bereits sehr stark eingesetzt. Die Ausgabe ist 9—1 und 5—½7 Uhr im Theaterbüro.

**„Film und Volksbildung."** Die für Mittwoch, den 5., und Donnerstag, den 6. November, geplanten Filmvorträge und Vorführungen wissenschaftlicher Films müssen verschoben werden, da die auswärtigen Vortragenden infolge Einstellung des Personenverkehrs nicht nach hier kommen können. Falls die Verkehrseinschränkung nicht verlängert wird, finden die Vorträge statt: Am 17. Nov. ½3 Uhr nachm. für alle durch die Regierung geladenen Teilnehmer, am 18. Nov. 3 Uhr nachm. für Universität, Lehrkörper der höheren Schulen usw. Die ausgegebenen Karten behalten ihre Gültigkeit.

# Aus der Provinz.

## Eigenartige Kampfmethode.

Wie das Sekretariat des Braunschweiger Gastwirteverbandes der Landeszeitung mitteilt, haben die Braunschweiger Hotels, Gast- und Schankwirtschaften, Kaffeehäuser und Konditoreibetriebe beschlossen, am 1. Dezember zu kündigen und ihre Betriebe als Protest gegen die Ernährungspolitik der Landesregierung zu schließen.

Wenn die Gastwirtsbesitzer gegen die Ernährungspolitik der Landesregierung Protest erheben zu müssen glauben, so erscheint uns keine Methode ungeeigneter und verfehlter als die hier eingeschlagene. Es ist nicht anzunehmen, daß die Brotlosmachung von Angestellten das geeignetste Mittel ist, um die Maßnahmen der Regierung zu beeinflussen; vielmehr bedeutet diese überaus unsoziale Handlungsweise eine schamlose Ausbeutung der Angestellten gegenüber und ist ungefähr der Methode eines Menschen vergleichbar, der, weil er sich bedroht fühlt, seinen Nachbarn vorschiebt, damit dieser totgeschossen wird. Wir erwarten eine Verständigung zwischen Regierung und Gastwirtschaftsbesitzern durch Mittel und Wege, die nicht die Interessen der Angestellten in dieser aller sozialen Gesinnung hohnsprechenden Weise mißachten.

---

**Weißenfels. Stadtverordneten-Sitzung.** Vor Eintritt in die Tagesordnung verlas Genosse Vieß folgende Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion: Die in Weißenfels neben dem Wohnungselend bestehende Wohnungsnot veranlaßte unsere Fraktion alle die Maßnahmen, die geeignet sind zur Behebung der Wohnungsnot beizutragen, mit Rat und Tat zu unterstützen. Nachdem alle Fraktionen der Nationalversammlung zirka 650 Millionen Mark als Baukostenüberteuerungszuschüsse bewilligt hatten, waren wir der Meinung, daß auch Weißenfels, wie alle anderen Städte, sich dieser Zuschüsse zur Behebung der Wohnungsnot bedienen könnte. Analog dem bewilligte im Mai die Stadtverordnetenversammlung, also auch die Fraktion der U. S. P. in Gemeinschaft mit den angeblichen Scheinsozialisten die erste Rate von 500 000 Mark, von deren Bewilligung man allerdings später nichts mehr wissen wollte. Die zweite Rate von 250 000 Mark wurde von der Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung ebenfalls bewilligt. Die Fraktion der U. S. P. lehnte diese Vorlage, trotzdem ihre Mitglieder im Magistrat wenige Tage zuvor der Vorlage zugestimmt hatten, mit der Begründung ab, daß sie in der Bewilligung dieser Summe eine Förderung des Privatbesitzes erblicke. Diese von der U. S. P. aufgestellte Behauptung entspricht keineswegs dem wirklichen Sachverhalt. Die zum Bau von Einfamilienhäusern bewilligten Zuschüsse sind nicht Eigentum des Erbauers, sondern werden als unverzinliche Sicherstellung bezw. auf das Grundbuch eingetragen. Bei einem Weiterverkauf des Grundstücks hat die Stadt das Vorkaufsrecht. Andererseits werden niemals wieder Wohnungen zu Friedenspreisen gebaut werden können und wäre die Erbauung von Einfamilienhäusern mit Hilfe der Reichs- und Staatszuschüsse als eine Vermehrung des städtischen Grundbesitzes, niemals aber als eine Beseitigung des Privatbesitzes anzusehen. Hinzu kommt, daß die Erbauer der Einfamilienhäuser nur den Kreisen der minderbemittelten Bevölkerungsschichten, besonders Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene, angehören dürfen. Wir stellen hiermit fest, daß die Fraktion der U. S. P. diese Vorlage abgelehnt, aber bis heute keinen andern Vorschlag zur Behebung der Wohnungsnot als die Sozialisierung der Gesellschaft gemacht hat. Was aber bis zum Eintritt in eine sozialisierte Gesellschaft getan werden soll, hat sie unterlassen, zu erklären. Noch am Montag, den 27. Oktober, hat die Stadtverordnetenversammlung in Halle, darunter auch die Fraktion der U. S. P., nicht nur einer privaten Baugenossenschaft, sondern auch Privatunternehmern, städtische Baukostenzuschüsse bewilligt. Die Förderung der auf gemeinnütziger Grundlage arbeitenden Baugenossenschaften ist eine alte Forderung im sozialdemokratischen Kommunalprogramm. Die Fraktion der alten Sozialdemokratischen Partei bezeichnet die Niederlegung und die dann wiederum erfolgte Zurücknahme der Niederlegung der Magistratsmandate der U. S. P. als eine Farce und lehnt es ab, sich ins Schlepptau einer solchen Phrasenpolitik nehmen zu lassen. Sie erklärt, daß ihre Wähler abgegebene Versprechen, nur praktische Gemeinwohlpolitik zu treiben und keine Zukunftsmusik zu blasen, nach wie vor voll und ganz einzuhalten. — Die U. S. P. erklärte, hierauf die Antwort später geben zu wollen. — Der geforderten Bereitstellung von 2000 M. für die Kriegsgefangenenheimkehrstelle wurde einmütig zugestimmt. Auch die zur Beratung stehende Beihilfe für das städtische Orchester in Höhe von 3600 M wurde einstimmig bewilligt. Die verbleibenden Mitglieder der Kapelle sollen einen monatlichen Zuschuß von 60 M. erhalten. Die Einnahmen der Veranstaltungen des Orchesters reichen leider zu einem Existenzminimum für die Musiker nicht aus. Bürgermeister Müller bedauerte die Interessenlosigkeit, welcher die Konzerte der unter anerkannt tüchtiger Leitung stehenden Stadtkapelle besonders vonseiten der bemittelten Einwohnerschaft begegnen und betonte, daß die Arbeiter und Angestellten und deren Organisationen in materieller und ideeller Unterstützung dieses Kulturfaktors sich leider hervorgetan haben. Genosse Vieß führte diese Lauheit des Bürgertums auf das gemeinsame Auftreten des Musikdirektors mit dem Arbeitergesangverein zurück. Es sei doch zu wünschen, daß die politischen Gegensätze nicht auf das Gebiet der Kunst und Wissenschaft übertragen würden und die Zugehörigen der bestimmten Klasse sollten doch die Schau ablegen, in Konzerten und sonstigen künstlerischen Veranstaltungen gemeinsam mit Arbeitern und Angestellten sich des Gebotenen zu erfreuen. Dieser an das Bürgertum gerichtete, persönliche Appell rief einen seither noch wenig hervorgetretenen U. S. P.-Kämpen auf den Plan. Persönlichkeiten mit der Vorsorglichkeit könne es für die U. S. P. auch auf dem Gebiete der Kunst nicht geben. Auch in der Musik bestände eine Kluft, die sich nicht verkleistern lasse und was der gebannt'chten Worte mehr waren. Zur Steuerung der Wohnungsnot sollen Dachgeschosse zu kleineren Wohnungen ausgebaut werden. Da der Ausbau auch im Winter erfolgen kann, können bald eine Anzahl solcher Wohnungen hergerichtet sein. Die Durchschnittskosten sind für jede Wohnung auf ungefähr 5000 M. veranschlagt. Es wurden 100 000 Mark für diesen Zweck bewilligt. Genosse Vieß regte an, in das Mietseinigungsamt eine Kriegshinterbliebene als Beisitzerin zu wählen, viele Fälle hätten gezeigt, daß gerade solchen Frauen, die ohne männlichen Beistand sind, am häufigsten geholfen werde. Die Versammlung entsprach dieser Anregung. Das Stundengeld der Fortbildungsschulehrer wurde von 2,50 M. auf 3,50 M. mit Wirkung von 1. April 1. erhöht. Der Gaspreis, seither 1,30 M. der Kubikmeter, soll laut Magistratsbeschluß ab 1. November d. J. auf 1,60 M. festgesetzt werden. Die Versammlung stimmte dem zu. Bei dieser Gelegenheit kam Genosse Vieß auf die Kalamität der fortgesetzten Stromunterbrechungen zu sprechen. Die eingehende Aussprache über diese üble Erscheinung, die eine schwere Schädigung des Wirtschaftslebens unserer Stadt bedeutet, ließ erkennen, daß die Ursache lediglich in der miserablen Beschaffenheit der von Grube „Gute Hoffnung" gelieferten Kohle zu suchen ist. Trotz mehrfacher Vorstellungen bei der Grubenverwaltung sowie dem zuständigen Betriebsrat sei keine dauernde Besserung erreicht worden. Stv. Koblik empfahl, den Vertrag mit der Grube einfach zu kaschieren. Der durch die jeden Tag sich mehrfach wiederholenden Stillegungen der Betriebe hervorgerufene Lohnausfall könne von den Arbeitern unmöglich ertragen werden. Für verschiedene Positionen des Haushaltsplanes des Gaswerkes wurden insgesamt 93 300 M. bewilligt. Daß die ursprünglich vorgesehenen Mittel nicht ausgereicht haben, wurde damit begründet, daß die Beträge nur für die Dauer eines halben Jahres eingesetzt waren, weil man angenommen hatte, das alte Gaswerk vor Oktober stillegen zu können. Auf Anfrage nach der Betriebsaufnahme der neuen Gasanstalt gab ein Magistratsmitglied den Bescheid, daß diese Ende dieses Jahres erfolgen könne, wenn ausreichend Kohle geliefert werde. Für die Position Betriebsunkosten im Abschnitt Armen- und Fürsorgewesen wurden 9000 M. und für die Unterhaltung der neugepflasterten Straßen und Räumen der Gräben betreffenden Abschnitt des Haushaltsplanes 5000 Mark nachbewilligt. Zugestimmt wurde ferner folgenden Forderungen: 1600 Mark für Verlorgung der Fortbildungsschulzeichenräume, 4000 Mark für Neupflasterung der Rampe an der Fußgängerbrücke, 2600 Mark für Pflasterung der betielten Wege neben dem Gebäude des Stadtverordneten-Sitzungssaales, 2000 Mark für die Umpflanzung von Obstbäumen und 6400 Mark für Auslühlung einer Heizungsanlage im Schlachthofe sowie für Pflasterarbeiten daselbst. Zur Verbreiterung des Platzes an der Kronseite soll Hofesländer, der Quadratmeter zu 5 Mark gekauft werden. Die hierfür benötigten 130 Mark wurden bewilligt. Nach Vornahme einer Erkundung seitens Spartakusverband wurde ein dringlicher Magistratsantrag, die Erhöhung des Wasserpreises betreffend, angenommen.

**Schafstädt. Oeffentliche Versammlung.** Hier fand eine öffentliche Volksversammlung statt, in welcher Gen. Studt Halle über die Aufgabe der Betriebsräte sprach. Die Versammlungsteilnehmer verfolgten die Rede des Genossen Studt mit großer Aufmerksamkeit. Am Schluß seiner Ausführungen erhielt der Referent großen Beifall. An der freien Aussprache meldete sich der mehr als fragwürdige Herr Schöppel von der U. S. P. mit seinen üblichen Phrasendrusch zum Wort und fing wie immer mit den verfl..... Mehrheitssozialisten an und endete bei der über alles unfähigen Realerung. Ueber das Referat und das eigentliche Vortragsthema verlor er jedoch kein Wort, noch weniger fiel es ihm ein, andere Vorschläge für das Betriebsrätegesetz zu machen. An dem Schlußwort legte Genosse Studt nochmals alles auseinander und widerlegte dem hochverehrten Schöppel alle seine „Beweise" und „Kennzeichnungen". Genosse Studt führte am Schluß seiner Ausführungen an, daß es für die Schafstädter Arbeiter die höchste Zeit sei, all den Maulhelden und sogenannten „radikalen" „Führern" die Gefolgschaft zu versagen und den alten und bewährten Parteikämpfern aufs Neue Treue und Vertrauen entgegenzubringen.

**Schmalkalden. Niederlage der Unabhängigen bei der Landratswahl.** Der Kreistag des Kreises Schmalkalden beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit der Besetzung des Landratspostens. Nach längerer Aussprache wurde als Kandidat in geheimer Abstimmung mit 12 gegen 6 Stimmen (die für H. Voatbert abgegeben wurden) der jetzige Landratsvertreter E. Schubert der Regierung vorgeschlagen. Somit ist wieder einmal eine Lüge der Unabhängigen täglich in sich zusammengefallen. Als der jetzt in geheimer Abstimmung gewählte Gen. Schubert kommissarisch dort zum Landrat ernannt wurde, erhob die gesamte unabhängige Presse ein großes Geschrei über Vergewaltigung der Bevölkerung und Nichtachtung der Demokratie. Man schreckte sogar, im Namen der „Volksstimmung" vor Gewalttätigkeiten nicht zurück. An dem Abstimmungsergebnis kann man nun das ungeheure Maß von Demagogie ermessen, mit dem auf der Seite der Unabhängigen gearbeitet wird. Durch diese Abstimmung wird bewiesen, daß ½ Unabhängige unter dem Deckmantel des „Rechts", der „Demokratie" und der „Volksstimmung", die übrige Bevölkerung vergewaltigen wollte.

# Aus aller Welt.

**Kopenhagen.** Schweres Eisenbahnunglück. Am Abend fuhr der Schnellzug aus Korsör auf den nach Kopenhagen fahrenden Zug aus Callundsborg. 5 bis 6 Wagen und die eine Lokomotive stürzten die Böschung hinab und wurden zertrümmert. Bis zum Vormittag wurden 25 Tote und 30 Verwundete geborgen.

# Gewerkschaftliches.

**Die Vertragsangestellten bei militärischen Behörden.**

Der Reichszentralausschuß der Vertragsangestellten bei militärischen und ehemaligen militärischen Behörden Deutschlands, Sitz Frankfurt a. M., Geschäftsführer Kurt Eblers, Rothschild-Allee 52, schreibt uns, daß solange, bis er seine Geschäfte aufnehmen kann, die preußischen Bezirksgruppen (Armeekorps) ihre Zuschriften und Anfragen bis auf Weiteres an die Fachgruppe 3 b der Zentralverbandes der Angestellten, Berlin SW. 63, Belle Alliancestr. 7/10 richten wollen. Wo Zusammenschlüsse in den Korpsbereichen noch nicht erfolgt sind, müssen dieselben sofort in die Wege geleitet werden, damit der Landeszentralausschuß Preußen gebildet werden kann. Bereits bestehende Landeszentralausschüsse wenden sich unmittelbar nach Frankfurt a. M. Bis zur Bildung der Ortsgruppe Groß-Berlin versieht für den Bereich des Gardekorps und des 3. A.-K. die Fachgruppe 3 b der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Siebenerausschuß) Berlin SW. 29, Belle Alliancestraße 16 II Treppen, Zimmer 20 die Geschäfte der Gruppe.

Um eine straffe Organisation in dieser Gruppe sowie in allen anderen Gruppen herbeizuführen, ist es Pflicht der Angestelltenausschüsse, ihre Adressen, Zahl der vertretenen Angestellten usw. an die vorbezeichneten Stellen umgehend einzusenden.

Die Notwendigkeit eines weiteren Ausbaues der Beschaffungsbeihilfe macht es erforderlich, umgehend den für die einzelnen Bezirke in Betracht kommenden vorbezeichneten Interessenvertretungen anzugeben, wieviel Angestellten die Beihilfe nicht erhalten haben und auf welchen Gründen.

# Vermischtes.

**Muß sich der Grundeigentümer das Ueberfliegen seines Besitzes gefallen lassen?** Durch den zunehmenden Luftverkehr ist die Frage aktuell geworden, ob sich Grundbesitzer, deren Eigentumsrechte sich bekanntlich auch auf den Raum über und unter der Erde erstrecken, das Ueberfliegen ihres Besitzes durch Flugzeuge ohne Einschränkung gefallen lassen müssen. Maßgebend ist für dieser Beziehung § 905. B. G. B., welcher besagt, daß der Eigentümer Einwirkungen, die in solcher Höhe vorgenommen werden, daß er an der Unterlassung kein Interesse mehr hat, nicht verbieten kann. Das heißt: Der Grundbesitzer kann nichts dagegen tun, wenn ein Luftschiff in einigen hundert Metern Höhe über sein Haus fährt, da ihn das völlig unberührt läßt; dagegen braucht er sich ein Ueberfliegen dicht über der Erde, etwa in 30 bis 40 Meter Höhe, nicht gefallen zu lassen. Die Möglichkeit eines Absturzes auf sein Gelände berechtigt den Eigentümer nicht, das Ueberfliegen zu verbieten. In diesem Sinne hat das Reichsgericht in einem Prozesse entschieden.

# Letzte Depeschen.

## Der Krieg gegen Sowjet-Rußland.

**WTB. Amsterdam, 1. November. Die „Times" melden aus Omsk, daß sich die weißen Truppen unter dem Drucke einer großen bolschewistischen Uebermacht zurückziehen. Die Bolschewistenführer beabsichtigen anscheinend, ihr Hauptquartier in Zentralasien aufzuschlagen, wenn Europa sie verloren geht.**

**WTB. Reval, 1. November. (Havas.) Unter dem 27. Oktober wird gemeldet, daß die Armee Denikins auf dem rechten Flügel einen Erfolg über sieben bolschewistische Divisionen davongetragen und dabei ungefähr 8000 Gefangene gemacht und zahlreiche Kanonen erbeutet hat. Auf dem linken Flügel wurden die Bolschewisten von Petlura geschlagen. Im Zentrum hat die Armee Denikins die Offensive ergriffen. Briansk, der letzte Stützpunkt vor Moskau, ist geräumt.**

**Reval, 1. November. Aus dem Großen Hauptquartier Judenitsch wird gemeldet: Der bolschewistische Gegenangriff östlich von Krasnoje Sselo kann als gänzlich beendigt angesehen werden. Wir haben die Offensive wieder ergriffen und 2000 Gefangene gemacht. Der Vormarsch dauert an.**

Verantwortlich für Politik, Parteinachrichten und Lokales: Max Seydewitz; für „Aus der Provinz": K. Gerbe, für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig, sämtlich in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Gr. Ulrichstraße 27.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519191103-11/fragment/page=0006